

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 29. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Hofmarschall des Prinzen Albrecht von Preußen Königliche Hoheit, Obersten z. D. von der Schuleburg, und dem Leibarzt der Prinzessin Alexandrine von Preußen Königliche Hoheit, Geheimen Sanitäts-Saath Dr. Bebel Meyer zu Berlin, den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Steuer-Einnahmer a. D. Freyer zu Koźmin im Kreise Krotoschin, und dem Schullehrer Mundt zu Dremmen im Kreise Heinsberg, den Roten Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Mundloch der Frau Fürstin zu Liegnitz Durchlaucht, Pfaffe zu Berlin, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Kammerjunker und Rittmeister der Garde-Landwehr, Frhrn. Cuno von Zedlik. Neutrich zu Kauffungen in Schlesien, zum Kammerherrn zu ernennen; endlich dem Remonte-Inspekteur und Chef der Abteilung für das Remontewesen im Kriegsministerium, General-Major Synold von Schuez, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen Königlichen Hoheit ihm verliehenen Kommandeurkreuzes erster Klasse des Haus-Ordens vom weißen Falten, so wie dem Zahlmeister erster Klasse Frommann vom 1. Schlesischen Jäger-Bataillon (Nr. 5) zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Altenburg Hoheit ihm verliehenen Verdienstkreuzes vom Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Orden zu ertheilen.

Am Gymnasium zu Insterburg ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Wiederhold als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Der bisherige Kreisrichter Gehner zu Ruz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Heydekrug und zugleich zum Notar in Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Heydekrug; und der Notariats-Kandidat Friedrich Karl Schöler zu Züllich zum Notar für den Friedensgerichts-Bezirk Lüperath, im Landgerichts-Bezirk Koblenz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lüperath, ernannt worden.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin ist vorgestern von Potsdam nach dem Haag abgereist.

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Montag 28. Januar, Abends. Nach dem Abendblatte des „Lloyd“ haben zwei Subkomite's in den Justizkonferenzen ihre Aufgabe beinahe vollendet. Das für Handel und Wechselsachen beantragte die Auflenkraftsetzung der 1850 eingeführten allgemeinen deutschen Wechselordnung und deren Ersetzung durch das Wechselgesetz vom Jahre 1848. Das Urbarialkomite sprach sich für ungeschmälerte Beibehaltung des Urbarialpatents aus, da sonst große Ausregung der gewesenen Unterthänigen zu besorgen sei.

München, Montag 28. Januar. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der Antrag Bölk's in Bezug auf die kurbässische Verfassung einstimmig als zulässig erklärt und einem besonderen Ausschusse zugewiesen.

Turin, Montag 28. Januar. So weit bis jetzt das Resultat der Wahlen für die Abgeordnetenkammer bekannt geworden, ist dasselbe im Allgemeinen ein dem Ministerium günstiges. In Turin sind Cabour, Miglietti, Tassini; in den Provinzen: Gialbini, Persano, Lamarmora, Natazzi; in Florenz: Ricasoli, Peruzzi, Gimori (?); in Bologna: Minighetti, Pepoli, Verti und Pichat gewählt worden.

Petersburg, Montag 28. Januar, Nachmittags. Die Transaktion der hiesigen Bank mit der Bank von Frankreich, die einen Umtausch von Gold gegen Silber zum Zwecke gehabt, ist nicht zu Stande gekommen.

An Stelle des in den Ruhestand getretenen Fürsten Orloff ist General Bludoff zum stellvertretenden Präsidenten des Reichsraths ernannt worden.

Die „Nordische Biene“ meldet aus der „Peking-Zeitung“, daß die Provinzial- und Kronabgaben nach Geche, und nicht nach Peking zu senden seien. Die Kaufleute und Gouverneure unterstützen das Gesetz Bogdakans mit warmer Kleidung; dies beweise, daß der Hof Peking plötzlich ohne Mittel verlassen habe. In einer Proklamation Bogdakans vom 20. November heißt es, daß er wegen Zunahme des Frostes in Geche bleiben und erst im Frühjahr andere Dispositionen treffen werde.

Kopenhagen, Montag 28. Jan. Die „Berlingsche Zeitung“ heilt mit, daß die Mannschaft und die Pferde des in Ighoe garnisonirenden Dragonerregiments, sowie zwei Batterien einberufen worden seien. Die einberufenen Unteroffiziere sollen in ihren Funktionen geübt sein, falls die Verdoppelung des Bataillons und der Ausmarsch nötig sein sollte. Mit der Aufmachung des Armeen-Inventars soll unverzüglich angefangen werden.

(Eingeg. 29. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 28. Januar. [Die Verständigung zwischen Preußen und Österreich; diplomatische Beschwerden Frankreichs; Schicksal des „Frauenlob.“] Ein Blatt, welches sich bereits durch Verbreitung wunderlicher Nachrichten bekannt gemacht hat, die „Gazzetta di Verona“, will nach telegraphischen Berichten von einer zwischen Preußen und Österreich getroffenen Vereinbarung wissen, welche auf die italienischen Verhältnisse Bezug haben soll. Preußen, so heißt es, habe seine Hülfleistung für Venetien zugesagt; dagegen werde

Destreich den preußischen Vorschlägen in Betreff der Revision der Bundesverfassung zustimmen. Die Nachricht, wenigstens in der bis jetzt vorliegenden Fassung, ist hier mit Unglauben aufgenommen worden. An der Stellung Preußens zur venetianischen Frage hat sich in jüngster Zeit schwerlich etwas geändert. Preußen kann und wird keine Garantie für Venetien übernehmen; aber es wird allerdings jede Einmischung Frankreichs in einen etwaigen Kampf zwischen Österreich und Piemont als einen Kriegsfall für Deutschland behandeln. Was die Verhandlungen über Revision der Bundeskriegsverfassung betrifft, so sind dieselben keineswegs so weit vorgeschritten, daß man auf ein inniges Einverständnis zwischen beiden deutschen Großmächten in allen wichtigen Fragen schließen könnte. Man spricht allerdings von einem Einlenken des Wiener Kabinetts, aber an einem wahren und befriedigenden Abschluß des Werkes glaubt noch kein mit den Verhältnissen Vertrauter. — Von dem tiefen Eindruck, den die Worte unsres Königs an die Generalität auch in Paris gemacht haben, sprach ich Ihnen schon vor einigen Tagen. Die Nachricht, daß der Kaiser der Franzosen durch seinen hiesigen Vertreter Erklärungen über den Sinn jener königlichen Worte verlangt habe, ist natürlich erfunden, denn zu einem solchen Verschreiten in der Regel die Diplomatie erst dann, wenn ein Zwürfnis bis zur entscheidenden Krise gelangt ist. Wohl aber darf man glauben, daß sowohl hier als in Paris vertrauliche Neuheiten über das angeblich „so ungerechtfertigte Misstrauen Preußens“ gefallen sind. — Jüngst gab ich den hier herrschenden trüben Ahnungen in Bezug auf das Schicksal des Kriegsschooners „Frauenlob“ Ausdruck. Eine neuere Mittheilung in der „Kön. Z.“ wollte von eingelaufenen günstigen Berichten wissen. Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen ist man hier noch immer ohne Nachricht von dem Verbleib des Fahrzeuges und wagt die Gewißheit des Verlustes kaum noch in Zweifel zu ziehen.

Berlin, 28. Jan. [Vom Hause; Tagessnachrichten.] Heute wollte bekanntlich die Königin Amalie von Sachsen zum Besuch bei ihrer Zwillingsschwester, der Königin Elisabeth, auf Schloss Sanssouci eintreffen. Gestern lange jedoch die Nachricht hier an, daß die Königin Amalie von einer Unpälichkeit befallen und dadurch genötigt sei, die Reise zu verschieben. Ganz derselbe Fall trat ein, als die hohe Frau im vorigen Jahre nach Sanssouci zum Besuch kommen wollte. Man glaubt, daß die Königin spätestens am Donnerstag von Dresden nach Sanssouci kommen werde. Heute waren der Präsident des Herrenhauses, Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, und die Gemahlin des sächsischen Gesandten, Gräfin Hohenthal, bei der Königin Elisabeth zum Besuch in Sanssouci.

— Der König nahm heute Vormittag die Vorträge der Geheimräthe Illaire und Costenoble und der Generaladjutanten v. Alvensleben und v. Manteuffel entgegen und ertheilte alsdann einige Audienzen. Unter den Personen, welche empfangen wurden, befanden sich der Generalmajor v. Franckly, der österreichische General Graf Huny und der Landschaftsdirektor v. Nickisch-Nossegg. Mittags machten der König und die Königin eine Spazierfahrt, und zur Stadt zurückgekehrt, konferirte der König mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Zuvor hatte im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses eine längere Ministerialsitzung stattgefunden und eine solche ist auch wiederum heute Abend 8 Uhr vom Minister v. Auerswald ange sagt. Der Kronprinz wird an denselben ebenfalls teilnehmen. Bisher fanden doch nur tägliche Sitzungen statt; heut sind es deren zwei; Beweis dafür, daß die Minister Angelegenheiten von großer Tragweite verhandeln. — Heute Nachmittag 5 Uhr war beim Könige Tafel von etwa 40 Gedekken. Außer den hohen Herrschaften erschienen an derselben der Minister v. Schleinitz, der sardinische Gesandte Graf de Launay, der sardinische General Lamarmora und seine drei Begleiter, der österreichische General Graf Huny, der oldenburgische General v. Franckly und andere hier anwesende Personen von Rang. Abends ist beim Könige Theegeellschaft, zu der auch der Graf und die Gräfin Perponcher geladen sind. Wie ich höre, ist jetzt ernstlich von der Rückkehr des Grafen Perponcher nach Italien die Rede. Derselbe war in letzter Zeit viel im Palais des Königs und soll wegen seiner Rückkehr verhandelt worden sein. — Der König und die Königin, so wie der Kronprinz und die Kronprinzessin haben dem Herzog und der Frau Herzogin von Augustenburg im British Hotel ihre Besuchs gemacht; überhaupt bemerkte man, daß der Hof diese hohen Gäste sehr auszeichnet. Heute wollte der Herzog auch dem Minister v. Schleinitz seinen Besuch machen, dieser befand sich jedoch in der Ministerialsitzung im Abgeordnetenhaus; zuvor hatte der Minister eine längere Besprechung mit dem dänischen Gesandten, Duaade, gehabt. Derselbe soll sich in Berlin nicht recht heimisch fühlen, da ihm unter den schwierigsten Umständen die Vertretung Dänemarks am hiesigen Hofe zugethieilt worden ist. — In diesen Tagen wird im hiesigen Schlosse eine große Trauerfeier stattfinden, zu der alle hoffähigen Herren und Damen erscheinen. — Dem sardinischen General Lamarmora begegnet man hier mit großer Aufmerksamkeit. Derselbe benutzt gleichzeitig seine Anwesenheit in Berlin dazu, um unsere Militäranstalten, Kasernen etc. genau kennen zu lernen. Wie es den Anschein hat, ist von der Mission des Generals die Politik nicht ausgeschlossen. Das Diner, welches ihm zu Ehren der Vertreter Sardiniens heute geben wollte, soll morgen stattfinden und ist zu demselben auch der Minister v. Schleinitz geladen. — Der Adressdebatte im Abgeordnetenhaus sieht man hier mit großer Spannung entgegen, umso mehr, da die betreffenden Kommissionssitzungen etwas Geheimnisvolles an sich trugen und außerdem tägliche Ministerialberatungen zur Folge hatten. Der Abg. v. Vincke (Hagen) soll sich für diese Verhandlungen schon ganz gehörig präparirt haben, und weil man das weiß, erwartet man mit Ungeduld seine

Expeditionen. — Im 3. hiesigen Wahlbezirk erheben sich Stimmen für den Justizminister v. Bernuth zum Abgeordneten an Stelle des verstorbenen H. v. Arnim. Diese Wahlmänner scheinen nicht zu wissen, daß der Minister als Kronhändler dem Herrenhause angehört. In den Abgeordnetenkreisen wird behauptet, daß der Oberpräsident v. Bonin kein Mandat wieder annimmt, weil es ihm Pflicht erscheint, auf seinem Posten zu bleiben.

— [Allerhöchste Kabinetsordres.] Das neueste „Militär-Wochenblatt“ enthält folgende Allerhöchste Kabinetsordres vom 8. und resp. 17. d. M. an den Kriegsminister (die wir im Auszuge mittheilen): 1) Ich bestimme hierdurch, daß an allen Bekleidungs-Gegenständen der Armee der königliche Namenszug (F. R. W.) mit der Krone, wo solcher angebracht ist, unverändert beibehalten werden soll ic. 2) Ich habe beschlossen, auch für die Zukunft Chef des 2. Westpreußischen Grenadier-Regiments (Nr. 7), sowie des 1. Rheinischen Husaren-Regiments (Nr. 7), zu bleiben, und demzufolge durch Ordre an die betreffenden Kommandeure bestimmt, daß das 2. Westpreußische Grenadier-Regiment (Nr. 7) die Benennung: „Königs-Grenadier- (2. Westpreußisches) Regiment (Nr. 7)“, und das 1. Rheinische Husaren-Regiment (Nr. 7) die Benennung: „Königs-Husaren- (1. Rheinisches) Regiment (Nr. 7)“ erhalten und daß beide Regimenter Meinen königlichen Namenszug mit der Krone, und zwar ersteres auf den Schulterklappen, letzteres dagegen an den Pelzmütze führen sollen ic. 3) Ich habe bestimmt, daß das Königs-Grenadier- (1. Pommersches) Regiment (Nr. 2) von jetzt ab die Benennung: „Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1stes Pommersches) (Nr. 2)“ erhält, und daß dem königlichen Namenszug auf den Schulterklappen die Zahl vier hinzugefügt werden soll; ferner daß das Regiment das Prärogativ erhalten soll, Mir seinen Rapport einzureichen ic. 4) Ich habe bestimmt, daß das Leib-Grenadier- (1. Brandenburgisches) Regiment (Nr. 8), welches auf den Schulterklappen den königlichen Namenszug trägt, diesen von jetzt ab mit Hinzufügung der Zahl drei führen soll ic. 5) Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimme Ich, daß die durch Ordre vom 17. Dezember 1836 angeordnete Unterweisung einer Anzahl Unteroffiziere und Gefreiten von jedem Infanterie- und Landwehr-Bataillon in Demjenigen, was zur Ausrüstung, Beladung und Führung der Bataillons-Patronenwagen gehört, fortan nur an Unteroffiziere und Gefreite der Garde- und Einten-Infanterie-Bataillone, sowie an Oberjäger und Gefreite der Garde- und Einten-Jäger- (resp. Schützen-) Bataillone stattzufinden hat ic.

— [Die preußischen Generalkonsulate.] Nach dem offiziellen Verzeichniß der am 1. Januar 1861 im Auslande angestellten preußischen Konsularbeamten besitzt Preußen zur Zeit folgende Generalkonsuln: Levenhagen für Chile, Dr. Duehl zu Copenhagen, Moritz v. Belsmann zu Frankfurt a. M., Baron Alfons v. Rothchild zu Paris, Hebele für das Königreich Großbritannien und Irland, Stügemann für Hamburg und die hannoverschen und holsteinischen Gebietstheile an dem Ausfluß der Elbe, v. Wagner für Mexiko, Schmidt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Lutteroth zu Triest, v. Jülich für die La Platastaaten, Kempe zu Petersburg, v. Wöhrmann für Kur- und Ließland, Cheremin zu Warschau, Haye zu Christiania, Hesse für Spanien und Portugal, Roos zu Malaga, Appelius zu Livorno, König für Egypten, Saint-Pierre für die Moldau und Walachei und Spiegelthal zu Smyrna. Die beiden Generalkonsulate für Zentralamerika und Persien sind unbefestigt; außerdem aber sind von den oben aufgeführten 20 Generalkonsulnaten mehrere nur als Honoraritel verliehen, ohne daß preußischerseits irgend eine Besoldung dafür gewährt wird.

— [Militärisches.] In diesen Tagen ist, wie die „B.Z.“ vernimmt, eine Birkularverfügung der Minister des Innern, des Krieges und der Finanzen an die Regierungskollegien ergangen, in welcher mit Rücksicht auf die bei der letzten Mobilmachung vorgekommenen Anstände bei der Beschaffung von Büromaterialen für die Feld-Administrationsbehörden bestimmte Anordnungen hierüber getroffen werden. Es wird von den drei Ressortministern die Verpflichtung der Gemeinden zur Beschaffung der in Rede stehenden Lokale, da sie unzweifelhaft zum Kriegsbedarf gehören, ausgesprochen.

— [Die Kriegsschulen.] Dem Vernehmen nach steht die Errichtung noch einer vierten Kriegsschule in der Rheinprovinz in Aussicht. Bemerkenswerth ist die überaus starke Vertretung des bürgerlichen Elements in dem Lehrerpersonal der schon bestehenden Kriegsschulen, wie auch der überwiegende Andrang von bürgerlichen Offizier-Aspiranten unter den Schülern derselben. Unter den 17 Lehrern und Inspektionsoffizieren der neuen Kriegsschule zu Neisse sind nicht weniger als 13 bürgerlichen Standes, während unter den zur Zeit dieser Anstalt zugelassenen 101 Schülern sich 62 Bürgerliche neben nur 39 Adligen befinden. Ähnlich steht das Verhältnis auch bei den beiden andern Kriegsschulen zu Potsdam und Erfurt. Der in dieser Erscheinung ausgesprochene Gegensatz zu den Kadettenhäusern läßt die neuen Institute als die bürgerlichen Pflanzschulen der Armee auftreten.

— [Die Nationalitäts-Agitation der Polen.] In einem zweiten Artikel weist die „Pr. Ztg.“ nach, wie unbegründet die Forderungen der Polen in Betreff ihrer Sprache sind. Wir geben auch diesen Artikel in Nachfolgendem seinem Wortlauten nach: „Von den Aktenstücken, aus welchen die Polen die gesetzlichen Ansprüche ihrer Nationalität darzuthun versuchen, haben wir die bestreitende Bestimmung der Schlüsse des Wiener Kongresses bereits (s. gestr. S. 3) ausführlich beleuchtet. Auch des Austrufs an die Einwohner des Großherzogthums Posen, durch welchen König Friedrich Wilhelm III. am 15. Mai 1815 die Besitzergreifung dieses Landes an-

kündigte, haben wir gedacht. Von diesem Aufruf müssen, außer den bereits angeführten Säzen, noch zwei andere Stellen erwähnt werden, weil die Polen auf dieselben Gewicht legen. Es heißt: „Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und jedem unter Euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeiten der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums, so wie zu allen Aemtern, Ehren und Würden Kleines Reichs offen stehen. Mein unter Euch geborner Statthalter wird bei Euch residiren. Er wird Mich mit Euren Wünschen und Bedürfnissen, und Euch mit den Absichten Meiner Regierung bekannt machen.“ Dass die Zusicherung in Betreff der Sprache und in Betreff der Berechtigung zu den Aemtern des preußischen Staats gehalten worden ist, werden die Polen bei unbefangener Beurtheilung kaum leugnen können. Was die Pflege der Sprache betrifft, so ist zu beachten, dass der Theil der Bevölkerung der Provinz Polen, welcher entweder nur deutsch oder nur polnisch redet, sich in der Minorität befindet, und dass die Mehrheit der Einwohner beide Sprachen redet. Die Regierung hat nur dafür gesorgt, dass sich an den unteren Schulen der Provinz Lehrer befinden, welche des Deutschen und des Polnischen mächtig sind, sie hat ferner in den Klassen der Gymnasiaten und bis zur Prima hinauf parallele Cötus einzurichten lassen, von denen in dem einen die Sprachen und Wissenschaften polnisch, in dem anderen deutsch gelernt werden können. Da die Polen, wie bekannt, wenig Neigung hatten, in den preußischen Staatsdienst zu treten und die zur Übernahme von Aemtern erforderliche Vorbildung und praktische Tüchtigkeit sich anzueignen, so segte die Regierung für diejenigen Bewohner der Provinz, gleichgültig ob sie Polen oder Deutsche waren, welche als Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten, oder als Auskultatoren, Referendare im Justizfach und in der Verwaltung Dienste leisten wollten, Stipendien unter der Bedingung aus, dass sie sich verpflichteten, in der Provinz zu bleiben. Obwohl ferner, gemäß dem Wortlaut des kgl. Aufrufs vom 15. Mai 1815, nach welchem die polnische Sprache nur neben der deutschen gebraucht werden sollte, der Grundzah festgehalten werden musste, dass die Geschäftssprache der Behörden unter einander mit wenigen durch praktische Bedürfnisse bedingten Ausnahmen die deutsche sei, so war doch die Regierung dafür bemüht, dass alle Behörden beider Sprachen mächtig waren, und dass die Beamten, sofern sie in ihren Amtshandlungen mit dem Publikum mündlich oder schriftlich in Verührung kamen, sich durch beigesetzte polnische Uebersetzung oder durch Verdommung mit denjenigen Privatinteressenten verständigten, welche nur polnisch reden konnten. Das Amt eines Statthalters wurde von dem Fürsten Anton Radziwill so lange verwaltet, bis der Ausbruch der polnischen Revolution 1830 der Regierung das Recht gab, es einzuziehen. Außer der Wiener Schlufakte und dem Aufruf vom 15. Mai 1815 giebt es noch ein drittes Altenstück, auf welches die Polen zur Begründung ihrer Ansprüche sich beziehen. Es ist dies der Vertrag vom 3. Mai 1815 zwischen Preußen und Russland in Betreff des Herzogthums Warschau, dessen auf die polnische Nationalität bezügliche Bestimmungen fast gleichlautend in den gleichzeitigen Vertrag zwischen Ostreich und Russland über die polnischen Besitzungen dieser beiden Mächte übergegangen sind. Die betreffende Bestimmung in dem Vertrag zwischen Ostreich und Russland ist völlig gleichlautend mit dem gestern angezogenen Artikel der Wiener Schlufakte. Die entsprechende Stelle in dem Vertrag zwischen Russland und Preußen dagegen enthält eine geringe Abweichung. Während der Wortlaut der Wiener Schlufakte besagt: „Die bezüglichen polnischen Unterthanen Russlands, Ostreichs und Preußens werden eine Vertretung und nationale Institutionen erhalten, die dem Modus der politischen Existenz entsprechend geordnet sind, welchen jede der Regierungen, denen sie angehören, zuträglich und angemessen halten wird, ihnen zu bewilligen;“ heißt es in dem Vertrag zwischen Russland und Preußen: „Die bezüglichen polnischen Unterthanen der hohen Kontrahirenden Theile werden Institutionen empfangen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern, entsprechend den Formen der politischen Existenz, welche jede der Regierungen, denen sie angehören, für angemessen halten wird, ihnen zu bewilligen.“ Aus dieser Bestimmung möchten die Polen wohl möglich für die preußische Regierung die Verpflichtung herleiten, jeder Ausbreitung des deutschen Elementes im Großherzogthum Posen durch das Dazwischenreten der Staatsmacht Einhalt zu thun. Die preußische Regierung kann aber in einem Landestheile gemischter Bevölkerung nicht mehr thun und ist auch durch die obige traktamäßige Bestimmung zu nichts weiter verpflichtet, als: die Entfaltung der polnischen Nationalität in Sprache, Sitte und geistigem Leben nicht zu hindern. Die allgemeine bürgerliche, kommunale und politische Freiheit des preußischen Staats ist zur Erhaltung und Pflege der polnischen Nationaleigenthümlichkeit das beste Mittel, welches die Polen nur beanspruchen können. Es liegt auf der Hand, dass die Forderung: eine Provinz des Staates aus der Gemeinsamkeit des bürgerlichen und politischen Verkehrs künstlich auszuwandern, damit die in ihr kaum noch vorherrschende Nationalität vor jeder Veränderung ihres äusseren Bestandes oder ihres Verhältnisses zu anderen Nationalitäten des gemeinsamen Staatslebens gewahrt werde, einen Widersinn und eine Unmöglichkeit enthält.

* * — [Der Eid der Landtagsmitglieder.] In parlamentarischen Kreisen hat die Weigerung des Fürsten Wilhelm Radziwill, den Eid der Landtagsmitglieder zu leisten, weil er bereits den Fahneneid geschworen, große Sensation erregt. Man konstatiert, dass der König im Weißen Saale nur denjenigen Staatsbeamten den Eid erlassen, welche den Dienstbereit bereits geleistet, weil dieser wie der Eid der Landtagsmitglieder auf Geboriam dem Könige und treue Bewahrung der Verfassung gerichtet ist, während der Fahneneid von der letzteren bekanntlich keine Erwähnung enthält, also hier gar nicht in Betracht kommen konnte; man sagt, dass man einen Sitz in einem der beiden Häuser nicht annehmen dürfe, wenn man irgendwie mit den Verpflichtungen seiner Mitglieder in Konflikt gerathet.

— [Patriotische Gedenktag.] Die Berliner Volkschulen haben den Beschluss gefasst, drei Gedenkstage der preußischen Geschichte festlich zu begehen, nämlich den 18. Juni (Schlacht bei Fehrbellin und bei Belle Alliance), den 18. Oktober (Schlacht bei Leipzig) und den 24. Januar (Geburtstag Friedrichs des Großen). An den genannten Tagen soll eine Schulfeier mit Reden und am 24. Januar, wie vor einigen Tagen geschehen, die Bekrönung des Standbildes Friedrichs des Großen, am 18. Oktober diejenigen der

Helden des Freiheitskrieges und am 18. Juni des Großen Kurfürsten stattfinden.

— [Aufstellung von Hesengefäßen in Brennereien.] Eine Circularverfügung des Generalsteuerdirektors vom 10. Novbr. 1860 lautet: „Auf Ew. ic. Bericht vom 25. v. Mts. erkläre ich mich damit einverstanden, dass die Geräthe, deren steuerfreie Benutzung zur Bereitung der Hefe in den Braunkohlweinbrennereien nachgegeben worden ist, an einen bestimmten, im Grundrisse der Brennerei anzugebenden Platz nicht derart gebunden werden können, dass eine Entfernung von denselben während des Betriebes unbedingt verboten wird, dass vielmehr eine solche Entfernung wegen des öfter erforderlichen Wechsels der Temperatur, wegen der Reinigung der Geräthe &c. nicht allgemein verwehrt werden kann, dass es auf der anderen Seite aber auch zur Handhabung der Kontrolle erforderlich ist, sich die Übersicht über den Verkehr mit den Hesengefäßen zu sichern. Demgemäß ermächtige ich Sie, anzuordnen: 1) dass die Hesengefäße in dem Grundrisse der Brennerei verzeichnet werden und 2) dass dieselben auf dem ihnen hierdurch angewiesenen Platz in der Regel belassen werden müssen, dass aber 3) den Brennereibesitzer gestattet sein soll, die Hesengefäße, im Falle des Bedürfnisses zeitweise auch an andere Plätze zu stellen, wenn die Brennereibesitzer in Spalte 9 des Betriebsplans vorher angeben, zu welchen Zeiten, oder bei welcher Lage des Betriebs die Gefäße von dem angewiesenen Platze entfernt werden und woselbst sie dann aufzufinden sind.“

— [Eine Zeitungssehde über die schleswig-holsteinische Angelegenheit.] Ein Artikel der ministeriellen „Pr. Stg.“ gegen die „Köln. Stg.“, welche letztere jetzt von allen Seiten, auch wegen ihrer italienischen Politik, angegriffen wird, enthält folgende Stelle, die, wenn man voraussetzen darf, dass das ministerielle Blatt auch hier die Intentionen der Regierung ausspricht, volle Beachtung verdient:

„Die „Köln. Zeitung“ röhmt sich der „vollkommenen Übereinstimmung mit den angeblichen Schleswig-Holsteinern“. Auch uns liegen schriftliche und mündliche Neuherungen von Männern vor, welche in der neueren Geschichte Schleswig-Holsteins eine hervorragende Stellung einnahmen; aber wir haben bei ihnen nur die eine Befürchtung entdeckt, dass man die Rechte Schleswigs für einige Konzessionen in Holstein aufopfern, dass man, statt die Sache der Herzogthümer im großen Styl zu behandeln, sich mit halben Maßregeln begnügen werde; niemals aber ist einem von ihnen die Behauptung eingefallen, dass nach Beichlagnahme der Einnahmen von Holstein und Schleswig, nach Besetzung von Südland und Ausschreibung einer angemessenen Kontribution in dieser dänischen Provinz das kleine Territorium der Isabellinen im Stande sein werde, seine Flotte und Arme zu erhalten; oder dass Aalen im Jahre 1848 nicht hätte genommen werden können, oder dass es heute im Falle eines Krieges eine schwierige Aufgabe sein werde, um dänischen Angriffen aus der Blaue reizogen Gefüge zu demontrieren und den Übergang zu jener Insel, welche die Dänen 1849 bekanntlich durch eine Brücke mit dem Festland verbunden hatten, zu forcieren. Ja, kundige Militärs sind nicht im Zweifel, dass unter dem Schutz unserer weittragenden Kanonen auch der Übergang nach Kühlung ausführbar sei. Niemals, mit einem Wort, ist es jemand eingefallen, die wirksame Vertheidigung der vollen und ganzen Rechte, unserer Stammesgenossen, bei ernstem und entschlossenem Willen, für eine Unmöglichkeit zu erklären. Dieses Schauspiel dem Auslande zu bieten, war der „Köln. Stg.“ vorbehalten. Die „Köln. Stg.“ deutet endlich auf ihre Übereinstimmung mit den „gewiegesten preußischen Staatsmännern.“ Wir leugnen diese Übereinstimmung auf das Bestimmteste, denn es ist unmöglich, dass irgend ein im Dienste befindlicher preußischer Staatsmann sich im Verkehr mit der „Köln. Stg.“ dem königlichen Wort, welches die endliche gebührende Lösgung des deutsch-dänischen Konflikts in Aussicht stellt, entgegen erklärt haben kann.“

Endlich stellt die „Pr. Stg.“ den Raisonnements der „K. Stg.“ über die Nothwendigkeit, für die Sache Schleswig-Holsteins auswärtige Allianzen zu suchen, Reden des Abg. v. Vincke vom 3. und 4. Mai v. J. entgegen. Diese Reden werden indeß für den heutigen Standpunkt des Hrn. v. Vincke nicht als voll beweisend gelten können, wenn man sich die Verschiedenheit der Anschauungen in die Erinnerung zurückruft, die Herr v. Vincke 1859 und 1860 in der italienischen Frage geltend machte.

Breslau, 27. Jan. [Eine Vorlage fürs Abgeordnetenhaus.] Von den Magistraten der Städte Brieg, Glogau, Grünberg, Liegnitz, Neisse und Schweidnig ist im Anschluss an die im vorigen Jahre an das Haus der Abgeordneten gerichtete Petition um Befreiung der Städte von mehr als 10,000 Einwohnern von der Aufsicht der Landräthe, resp. um Selbständigkeit derselben in Betreff der Polizeiverwaltung, welche der Staatsregierung mit großer Majorität zur Berücksichtigung überwiesen wurde, ein diesen Gegenstand berührender Gesetzentwurf ausgearbeitet und an die Abgeordneten, Ober-Negierungsrath v. Diederichs und Prof. Dr. Gneist, behufs Vorlage desselben im Hause der Abgeordneten übermittelt worden. (Pr. Stg.)

Bonn, 26. Jan. [Die Amnestie] kommt auch den Engländern zu Gute, welche in Sachen Macdonalds den Staatsprokurator Moeller in Bezug auf seinen Beruf bekleidigt hatten.

Hechingen, 25. Jan. [Erzesse.] Am Montag kam es bei der Feier einer Hochzeit im Gasthof zum Löwen zu blutigen Raushändeln zwischen Einwohnern der Stadt und einem großen Theil der Garnison der Burg Hohenzollern. Das Militär machte Gebrauch von seinen Waffen. Es haben mehrere Verwundungen stattgefunden. (Schw. W.)

Ostreich. Wien, 25. Jan. [Die Maßregeln gegen Ungarn.] Man erfährt jetzt, dass die Regierung erst nach langem Widerstreben sich zu dem Manifeste an Ungarn entschloss. Zwei Ratschläge lagen vor. Eine Partei wollte, dass man sich um den Lärm in den Komitatskongregationen gar nicht kümmere und all die Brutalitäten stillschweigend vorübergehen lasse, da sie nur eine Opposition bejommener Patrioten hervorrufen würdet; die andere verlangte die sofortige Verkündigung des Belagerungszustandes, um das Heft wieder in die Hände der Zentralgewalt zu legen und, gechügt von der Macht, konervative Wahlen für den Landtag zu erlangen. Die Regierung protestierte gegen das Erstere, da sie ihre eigene und ihrer Beamten Autorität wahren müsste, und der Kaiser lehnte das Letztere ab, weil er nicht wieder die Zustände des vorigen Jahrzehends herausbeschwören wollte. Wenn nicht die Steuerverweigerung vorgelegen, hätte man vielleicht die Dinge weiter gehen lassen; allein das Drängen des Finanzministers war entscheidend, und es wurde dieser Mittelweg des Androhens der physischen Gewalt eingeschlagen. Kenner der magyarischen Verhältnisse bezwefeln einen guten Erfolg; höchstens darf die minder Erfreien sich zur Passivität gegen alle Regierungsmaßnahmen entschließen werden; die Komitate werden, unbeherrscht um alle Anordnungen und Befehle der Behörden, ihren Weg weitergehen, der Gewalt weichen, allein in keiner Weise den kaiserlichen Organen hestend sich bewähren. Die Entziehung der Steuern wird den Soldaten überlassen werden müssen, wie die Dekrete aushebung. Außerhalb Ungarns wird der Entschluss der Regierung, man kann es nicht läugnen, in allen Kreisen gebilligt, und wenn sie ihn mit liberalen Reformen für die deutsch-slavischen Provinzen begleitet, sieben ihr Mittel genug zu Gebote, ihren Befehlen Nachdruck zu verschaffen. Es hat sich gegen die Magyaren eine sehr heftige und bittere Stimmung seitdem gemacht, nachdem man ihre Rücksichtslosigkeit gegen andere Nationen, ihren trassen Egoismus im Verfolg ihrer Ziele und dabei ihren adelsstolzen Hochmut kennen gelernt. Käme es zu einem Konflikt, so würde die Regierung diese Stimmung der deutsch-slavischen Bevölkerung gewiss benützen; so weit bis jetzt die Nachrichten lauten, hat in Ungarn das Manifest theils verblüfft, theils der Reaktion neuen Anhalt gegeben; man hofft, dass es zu keinem gewaltstamen Einschreiten kommt.“ (K. Stg.)

— [Die ungarische Legion.] Nach der „Italienischen Korrespondenz“ befindet sich das einzige Depot der ungarischen Legion in Nola bei Neapel, und zählt nicht mehr als 250—300 Mann, worunter sich kaum 50 wirkliche Ungarn befinden. Diese kleine Abteilung besteht aus Infanterie, 60 Husaren und einem Detachement Artillerie mit 4 Geschützen. Befehlshaber dieser Legion ist General Netter, früher östr. Major und während des Infanteriekrieges von 1848/49 General und Kriegsminister. Der selbe befindet sich aber nicht zu Nola, sondern in Neapel und überließ die Leitung der Legion einem Major. Wir hatten Gelegenheit, mit mehreren Offizieren und Soldaten nicht ungarischer Nationalität zu sprechen, welche ihren Abschied von der „Legion“ deshalb nahmen, weil dort die Unverträglichkeit und Anmaßung der wenigen Ultramagyaren gegen andere Nationalitäten derart sei, dass täglich die

biedauerlichen Konflikte vorfallen.

Wien, 26. Jan. [Forderung der Slovenen.] Der „Pozor“, ein zu Agram erscheinendes Blatt, bringt eine Zuschrift aus Krain, in welcher auch für die Slovenen ein besonderer Landtag verlangt wird. Die Slovenen, etwa 1,870,000 an Zahl, sind über Krain, Kärnten, Steiermark, Görz mit Triest, Benedig und Ungarn verteilt, so dass sie insofern zwei Landtage beschließen hätten. Auf diesen würden sie immer in der Minorität bleiben, und darum meint der Einsender im „Pozor“, wäre es am besten, wir Slovenen würden unsere Abordneten nicht auf den Landtag unter die Deutschen senden, wo wir ihnen nur hinderlich wären, sondern wir würden einen besonderen gemeinsamen Landtag haben, wo wir unsere Wünsche gemeinsam der Regierung vortragen, und was dann der Kaiser bestätigen würde, das würde uns Freiheit.“ Der Einsender beruft sich dabei auf die alte historische Einheit der Slovenen, denn das Slovenenland sei einst unter dem Namen Gorotania (nicht Kärnten) viel grösser gewesen, und habe nebst Krain, Görz, Kärnten, den größten Theil Steiermarks u. c. umfasst. „Wenn aber“, bemerkt die „Triester Stg.“ hierzu, „den Slovenen ein solcher eigener Landtag zugestanden würde, hätten dann nicht auch die Ruthenen, die ja jetzt gleichfalls zwei verschiedene Landtage zu besetzen hätten, das Recht, einen gemeinsamen ruthenischen Landtag zu beanspruchen? Und mügten dann nicht die Kroaten, die in verschiedenen ungarischen Komitaten und in Niederösterreich sporadisch leben, ihren Landtag nicht in Pesth und Wien, sondern in Agram suchen? Wir hätten dann aber nicht mehr Landtage, sondern Nationaltage: einen tschechisch-mährisch-slowakischen, vielleicht etw. deutsche Nationaltag u. s. w. Will man vielleicht auch behaupten, dass die Zersplitterung die Macht des Reichs kräftigen würde?“

— [Die Lage in Ungarn.] Die leitenden ungarischen Journale schweigen noch immer, sowohl über das Manifest, als über die Wahlordnung. Man will darin das Zeichen eines allgemeinen passiven Widerstandes finden. Von Bedeutung unter den obwaltenden Verhältnissen erhebt ein Leitartikel des „Pesth Raplo“, welcher bestätigt, dass die äußere Politik die inneren Zustände in der traurigsten Abhängigkeit erhalte. „An der Börse der äußeren Politik“, sagt Baron Kemény, „spielt die Eine à la hausse, der Andere à la baisse, und da nichts sicherer ist, als dass deren Zufälle schneller als die Aprilwochen wechseln, so muss bald der Eine, bald der Andere bitter enttäuscht werden, und wenn heute die Helden der Restauration starrsinnig und anspruchsvoll auftreten, so kommen morgen die Männer der Revolution an die Reihe. Zwischen diesen zwei Extremen verlieren die übrigen Parteischattirungen alle Zuversicht auf die natürliche Entwicklung der Dinge und geht ihr Selbstgefühl und ihre Würde zu Grunde. Sie übernehmen die Rolle des Schiffsbalkates, der durch sein spezifisches Gewicht das Verlaufen des von den Wogen umgeschleuderten Schiffes wohl verzögert, aber übrigens gar keinen inneren Wert hat.“ Man fühlt aus diesen Worten das darin versteckte angekündigte Zurücktreten der gemäßigten Parteien vom Schauspieldes öffentlichen Wirtens heraus.

Wien, 28. Januar. [Teleg. gr.] Die heutige „Ostdeutsche Post“ meldet als gewiss, dass nächstens eine Reichsvertretung aus unmittelbaren Volkswählern hervorgegangen, aus den deutsch-slavischen Provinzen werde zusammenberufen werden.

Pesth, 23. Januar. [Protest des Komitats.] In der letzten Sitzung des Pesther Komitats wurde der Gesetz der königl. Statthalterei an den Obergespan verlesen, worin dieser angewiesen wird, die Gendarmerie aufzugeben. Allerböchster Anordnung in die Hauptorte des Komitats zu dislozieren, und für ihre Unterbringung in Waizen, Kecsemet und Kalocsa sogleich Sorge zu tragen. Hierauf wurde eine Erwideration dahin beschlossen, dass man nicht umhin könne, bezüglich dieser Anordnung der ungarischen Statthalterei das Bekreiden auszudrücken, und zu erklären: „1) Das unseres Wissens im Sinne unserer Gezege dem Obergespan keine vom Komitate trennbare Macht vollkommenheit zusteht. 2) Das, nachdem unser Komitat im Sinne der Gezege von 1848 sich organisiert hat, und es gleichzeitig alle auf die öffentliche Sicherheit bezüglichen Anstalten getroffen hat, es die Anwendung fremder Kräfte nur in dem Falle dulden werde, wenn seine eigenen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit aufgestellten Organe sich nicht ausreichend erweisen sollten, und selbst dann nur in dem Falle, wenn es aus eigenem freien Willen zur Anspruchnahme jener fremden, nicht verfassungsmässigen Kraft sich entschließen, selber die betreffende Militärbehörde zur Überlassung derselben angehen würde.“ Nachdem nun solche Fälle nicht vorgekommen seien, wird ferner feierlich erklärt: „Dass wir nicht gewillt, durch unsere Einwilligung dem Vorwande, als ob in unserem Komitate die Nothwendigkeit solcher außerordentlicher Maßregeln obwalte, einen Schein von Wahrheit zu leihen, nicht nur auf keine Anordnungen behufs Unterbringung der fraglichen Gendarmerie uns einlassen werden, sondern ihre im Bereich unseres Komitats zu gehobende Aufstellung schon an und für sich als eine Verleugnung der Gezege erklären, auch insoweit bis die Geheimheit unseres Komitats in diesem Punkte nachdrücklicher wird auftreten können, feierlich dagegen zu protestieren für unsere unabsehbliche gesetzliche Pflicht erachten.“

Pesth, 24. Jan. [Komitatsgerichtsbarkeit; Erklärung des Grafen Szapary.] Die Pesther Komitatsgerichtsbarkeit hat gestern mit Führung eines Kriminalprozesses begonnen (s. Teil. in Nr. 21). Die vom Judex Curiae berufene Justizkonferenz wurde mit Buziehung von Stenographen eröffnet. Deak sprach sich in derselben dafür aus, dass die ungarischen Gezege wieder in Kraft gelegt werden, soweit dies zulässig sei, ohne in die privatrechtlichen Verhältnisse Verwirrung zu bringen. Melzer beantragt dagegen die volle Herstellung der ungarischen Gezege, und will von den neuen Gezege nur das Notariats- und das Witizitätspatent aufrecht gehalten wissen, weil diese Lücken der Gezegegebung von 1849 ausfüllen. Ghiczy fordert die unbedingte Herstellung mit rückwirkender Kraft als konstitutionelle Nothwendigkeit, und hält dies mit Hilfe eines bis zum Landtag auszuzeichnenden Gerichtsstillsstandes für ausführbar. Tóth beantragt, aus politischen Gründen für Ungarn das österreichische Strafgelebuchs nebst der Preßordnung sofort außer Kraft zu setzen. — Eine interessante Episode in einer der jüngsten Sitzungen des Pesther Komitats bildet eine Motion, welche Graf Stefan Szapary vorlas. Er habe es bis jetzt für seine staatsbürgerliche Pflicht gehalten, seine Ansichten, insowen sie mit den Beschlüssen des Pesther Komitats im Widerspruch stehen, der öffentlichen Meinung unterzordnen. Er hält es aber für Selbsttäuschung, dass wir auf der gesetzlichen Basis von 1848 wirken können, wir führen vielmehr den Belagerungszustand herbei, hinsichtlich dessen er nicht die Verantwortlichkeit zu übernehmen wünscht. Wir haben genug Proteste eingelegt, hemmen wir also die Wirksamkeit der provisorischen Behörden nicht, von denen uns nur der Landtag befreien kann. Er hält es für eine patriotische Pflicht, dessen Zusammentritt um jeden Preis zu beschleunigen. Und dies sei der Ausgangspunkt, wenden er bei jedem Beschluss vor Augen gehalten zu wissen möchte, damit diese fortwährenden und noch grösseren Verwirrungen beseitigt werden. Der Antragsteller blieb mit dieser Motion allein; kein einziges der anderen Sitzungsmitglieder ließ ihm seine Unterstützung.

— [Honved-Bund.] Die in Pesth wohnenden Honveds haben, nach dem „M. Sajto“, Folgendes beschlossen: Alle jene Honveds, welche Hilfe beanspruchen, oder ganz arbeitsunfähig sind, haben sich bei dem Pesth-Osener Honved-Bund zu melden. Die sich meldenden müssen sich durch die Zeugenhaft zweier bekannter Honveds legalisieren, und darum, dass sie durch die letzten 11 Jahre durch nichts den unbeslechten Honvedtitel beschmutzt haben, denn Honveds, die ein Verbrechen begangen, erhalten nicht nur keine Hilfe, sondern werden aus der Honved-Körperchaft ausgestoßen. Ein aus 7 Mitgliedern bestehendes Komité ist mit der Durchführung der Bestimmungen betraut. Außerdem hat das Komité darüber zu wachen, dass die von falschen Honveds ausgebüttigte Lüste verhindert werde. Über 300 waren in der ersten Sitzung erschienen. 60 Honved-Offiziere forderten sogleich Unterstützung. Die Unterstützungsstaffe hatte am ersten Tage über 1000 fl. zu verfügen.

Agram, 24. Januar. [Ein offener Brief.] Im „Pozor“ veröffent-

licht der Redakteur Urbancic ein ihm aus Ragusa am 14. d. zugeskommenes Schreiben, demzufolge der Podesta von Ragusa vecchia mit dem dortigen Bezirkshauptmann am 10. d. eine Befreiung gehabt und am 11. d. alle ihm unterstehenden Gemeindewirte und Führer der Territorialmiliz zu sich aufs Amt geladen und in Gegenwart eines politischen Beamten ihnen zugesprochen habe, sie mögten sich gegen die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien erklären, sonst kämen sie unter die Militärrherrschaft, unter die Herrschaft des Banus, der Aristokratie, welche dem Banerstand großen Schaden verursachen würde. Schließlich forderte er sie auf, zu sagen, daß sie freiwillig und nicht auf seinen Befehl gekommen. Gleichermaßen in anderen Bezirken geschehen. Nach Vorausrichtung dieses Schreibens riet Urbancic an den FML und Gouverneur von Dalmatien, Baron Mamula, die Frage, ob Sr. Exz. etwas von den Intrigen bekannt sei, welche von manchen der dalmatinischen Beamten gegen das Glück der kroatischen Nation und gegen den ausdrücklich ausgesprochenen Willen Sr. Majestät angezettelt werden. Er fragte deshalb öffentlich, da er es sich nicht erklären könne, wie solche Sachen geschehen können, ohne daß Sr. Exzellenz sich dem widersezen würden.

Venedig. 24. Januar. [Die Stimmung.] Man schreibt der „Presse“ von hier: Die Stimmung der Venezianer ist wieder in ein neues Stadium getreten, d. h. dieselbe ist seit einigen Tagen wieder ganz kriegslustig. Man kann vielleicht in keinem Lande der Welt weniger als hier mit Bestimmtheit sagen, daß eine oder der andere Theil der Bevölkerung ist so oder so gestimmt, denn nirgends schlägt die öffentliche Meinung so schnell von einem Extreme zum andern um, als eben hier. Vor wenigen Tagen noch, als die gemäßigtere Partei in Italien, welche von einem tollkühnen Angriffe auf Venetien abriet, an Einfluß zu gewinnen scheint, war hier alles friedfertig gesetzt, und die Austragung der venezianischen Frage wenigstens vor der Hand vertagt worden; jetzt, wo entschieden der Einfluß Garibaldi's vorwiegend ist und das partito dell'azione zum Angriffe auf Venetien um jeden Preis drängt, atmet hier wieder alles Kriegslust, und die ersten Tage des Monats März sind der längste Termin, welchen man der Dauer des Friedens gestellt hat. Aller Augen sind nun auf Gaeta und Capri gerichtet, und die Agenten der Bewegung predigen wieder offen Krieg und abermals Krieg. Die Kundgebungen der öffentlichen Stimmung erfolgen nun auch ganz in diesem Sinne, und die Haltung der Donaunieder der heisigen Bevölkerung beginnt herausfordernder denn je zu werden.

Verona. 22. Jan. [Grenzdenkt.] Der Wiener „Presse“ wird geschrieben: Die an der Po- und Mincigrenze stehende piemontesische Truppenzahl ist in der letzten Zeit etwas reduziert worden, da mehrere daseit gelegene Regimenter nach Neapel entzogen worden sind. Die entstandenen Lücken wurden theilweise durch Freiwillige und Nationalgarde ausgefüllt. Die üblichen Reitereien haben seit einiger Zeit nachgelassen, und überwiegend befinden sich die gegenüberstehenden Truppen, wahrscheinlich in Folge strenger höherer Befehle, viel ruhiger und anständiger als früher. Zeitweise sieht man wohl in ungarische Tracht gekleidete Legionäre bis hart an die Grenze treten und in ungarischer Sprache herüber sprechen, doch da ihnen keine Antwort erteilt wird, so gehen sie eben wieder, wie sie gekommen sind.

Bayern. München, 25. Jan. [Audienz.] Die „N. Münch. Ztg.“ meldet: „Se. Maj. der König empfing gestern Nachmittags den zur Notifizierung der Thronbesteigung Sr. Maj. des Königs Wilhelm von Preußen hierher gesendeten General v. Wussow in besonderer Audienz, nach welcher derselbe auch von Ihrer Maj. der Königin empfangen wurde. Der General ist von zwei Adjutanten, den Hauptleuten v. Wussow und v. Jahn begleitet.“

München, 26. Jan. [Prof. Diedemann †; die Süddeutsche Zeitung; vom Landtage.] Am 20. d. verstarb hier der 80jährige berühmte Anatom und Physiologe Dr. Friedrich Diedemann, früher Professor in Heidelberg. — Die „Südd. Ztg.“ zeichnet seit einiger Zeit als verantwortlichen Redakteur Dr. A. Wilbrandt. Zur Vermeidung von Mißverständnissen erklärt Dr. Brater, der Chefredakteur des Blattes, daß durch dieses Provisorium an der Haltung der Zeitung nichts geändert werde. Dr. Brater habe diese Anordnung nur deshalb getroffen, weil er Mitglied des Landtags sei und während der Dauer des legeren mit Geschäften zu sehr überhäuft sei, um die volle Verantwortlichkeit für die Leitung der „Südd. Ztg.“ tragen zu können. — Der Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat beschlossen, in Betreff des von Dr. Böhl gestellten Antrages wegen der kurhessischen Frage zu beantragen: die Kammer wolle denselben zu ihrer Kompetenz gehörig und für gültig erachten und denselben bei seiner hohen Wichtigkeit zur näheren Prüfung an einen Ausschuß verweisen.

Ansbach, 26. Jan. [Freisprechung.] Der Redakteur des „Fränk. Kur.“ wurde am 22. d. in dem wegen Schmähung des Papstes angestrengten Prozeßprozesse von Schul und Strafe freigesprochen.

Württemberg. Stuttgart, 26. Januar. [Gegen das Konkordat.] Von den 49 Diözesen, in welche unser Land eingeteilt ist, haben bis jetzt 29 übereinstimmend das Votum abgegeben, daß die evangelischen Gemeinden Misstrauen gegen das Konkordat hegen, bei dessen Durchführung nicht geringe Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Paritätsrechte und gemeinhinliche Störungen des konfessionellen Friedens fürchten und daher sich berufen fühlen, den Schutz des Staates und Landesbischofs gegen dasselbe anzurufen; 11 hiervon haben sich darauf beschränkt, um Abwendung der Gefahren überhaupt oder um Befestigung der gefährlichen Paragraphen und Punkte im Konkordat zu bitten; 18 aber haben ihre Bitte dahin gerichtet, es möge das Konkordat im Ganzen außer Kraft gelegt, überhaupt kein bindender Vertrag mit der Kurie abgeschlossen, sondern die Stellung der katholischen Kirche Württembergs zum Staat auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden.

Sachsen. Leipzig, 26. Jan. [Prof. Stallbaum †.] Vor gestern starb hier der berühmte Philologe, Rektor unserer Thomasschule, Prof. Gottlieb Stallbaum, im 68. Jahre seines Alters.

Baden. Karlsruhe, 26. Jan. [Noth-Zivilehe.] Das neueste Regierungsblatt bringt die Vollzugsordnung zum Gesetze über die bürgerliche Standesbeamung in Ausnahmefällen. Ist nach §. 1 des Gesetzes das Aufgebot dem Bürgermeister zu übertragen, so geschieht die Bekanntmachung des amtlichen Verkündes durch den Bürgermeister im Beisein des Rathschreibers öffentlich vom Rathause aus an den zwei zunächst folgenden Sonntagen. Die Trauung durch das Bezirksamt geschieht öffentlich in dem Rathause des Amtsgerichtes nach den Vorchriften des Landrechtes mittelst der Worte: „Kraft des Gesetzes erkläre ich Sie hiermit durch das Band der Ehe verbunden und fordere Sie auf, von nun an als Ehegatten zu leben.“ Eine der drei aufzunehmenden Prolokausfertigungen wird dem zuständigen Pfarrer zum Zwecke des Eintrages mitgetheilt. Sofern auf Antrag der Brautleute einem anderen Pfarrer, als dem zuständigen, die Ermächtigung zur Trauung erteilt wird, so hat der Eintrag in beide Ehebücher zu geschehen.

Bremen. 26. Jan. [Wehrverein.] In Bremerhaven hat sich ein Wehrverein gebildet, der gegenwärtig 80 allen Ständen angehörende Mitglieder zählt und dreimal die Woche Exerzierungen ausübt. Als Instrukteur fungierte anfänglich ein Offizier und Unteroffizier des heisigen Linienbataillons. Die „Weser-Ztg.“ spricht bei Erwähnung dieser Schöpfung den Wunsch und die Hoffnung aus, daß dieselbe auch hier Nachahmung finden werde.

Frankfurt a. M. 25. Jan. [Einheitliches Geschäftssystem.] Der Militärausschuß der Bundesversammlung hat sich, dem Gutachten der Bundes-Militärikommission entsprechend, zu dem Antrage geeinigt, daß eine Veränderung des für das ganze Bundesheer adoptierten preußischen Systems gezogener Feldgeschütze nur auf Grund einer anderweitigen kommissarischen Vereinbarung vorgenommen werden dürfe. Damit würde also die einheitliche Bewaffnung der deutschen Feldartillerie für alle Folgezeit gesichert sein.

Frankfurt, 26. Jan. [Vom Bunde.] Man schreibt der „B.Z.“ von hier, daß der hessen-darmstädtische Antrag in Bezug auf den Nationalverein breit manu im politischen Ausschuß begraben werden wird. Herr v. Dalwigk hat sich bereits überzeugen können, daß er vom Bunde keine rettende That zu erwarten hat; auf der andern Seite aber ist wenigstens die Majorität der Bundesversammlung nicht Willens, die darmstädtische Regierung von sich aus noch weiter zu kompromittieren. So wird man denn nach stillschweigender Übereinkunft die Sache auf sich beruhen lassen und es Herrn v. Dalwigk überlassen, sich, so gut es eben geht, aus der Affäre zu ziehen. Gewiß ist schon jetzt, daß die gerichtlichen Schritte gegen den Nationalverein in Darmstadt nicht bloß eingesetzt sind, sondern auch bleiben.

Hessen. Mainz, 25. Jan. [Verbott.] Die weitere Aufführung der Weirauch'schen Posse: „Kieselack und seine Nichte vom Ball“ ist wegen der darin enthaltenen politischen Anzüglichkeiten auf der heisigen Bühne polizeilich verboten worden.

Worms, 27. Jan. [Nationalverein.] Eine in Frankenthal heute abgehaltene Versammlung des Nationalvereins wurde von dem bayrischen Regierungsdirektor unterbrochen und aufgelöst. Dieselbe wurde dann hier in Worms fortgesetzt und beschloß, auf Zusammenberufung eines deutschen Parlaments und auf Einsetzung einer Zentralgewalt hinzuwirken. (Tel.)

Nassau. Wiesbaden, 25. Jan. [Notstand.] Nach hier eingelaufenen Berichten soll die Not im Westerwalde sehr groß sein.

Frankreich.

Paris, 25. Jan. [Der Prozeß Patterson.] Heute wurden vor dem Ziviltribunal die Debatten im Prozeß der Madame Bonaparte Patterson gegen den Prinzen Napoleon, als Erben des Prinzen Jerome, eröffnet. Eine gewählte Versammlung hatte sich in dem Saale eingefunden, um dieser höchst interessanten Sitzung anzuhören. Venoist Champy präsidierte derselben. Berryer, Advokat der Frau Bonaparte = Patterson, erhielt zunächst das Wort. Er kündigte an, daß er die Absicht habe, sich gänzlich in den Grenzen der gerichtlichen Diskussion des Prozesses zu halten. Er sprach darauf die Dokumente, deren Authentizität nicht bestritten werden könnte, „was auch ein unbekannter Redakteur des „Moniteur“ darüber sagen möge.“ Nachdem er in klarer Weise das Thatächliche vorgeführt hatte, widmete er seiner Klientin folgende Worte: „Sie war jung und schön, als sich die Hand von ihr zurückzog, welche sie mit Vertrauen angenommen hatte. Sie suchte eine Zufluchtstätte in dem väterlichen Hause, dem heiligen Asyl ihrer Verlassenheit und Gniedrigung. Sie wartete in Geduld und Demuth, und als sich die Gelegenheit darbot, sich Gerechtigkeit zu verschaffen, kam sie trotz ihres hohen Alters über das Meer, und nun steht sie vor Ihnen, um vor unabkömmligen Richtern den Beweis zu führen, daß alle Gezeuge der Welt das Band der Ehe als unauflöslich betrachten.“ Berryer bestritt hierauf die in der Histoire du Consulat et de l'Empire enthaltene Behauptung, derzufolge Madame Patterson als Entschädigung eine Pension angenommen habe. Herr Thiers habe in einer Anerkennung gesagt, Prinz Napoleon habe ihm dies mitgetheilt. So etwas müsse dem zur Last fallen, der solches habe drucken lassen. Berryer führt noch Cambacerès an, der in seiner goldgestickten Uniform eines Erzanzlers das rothe Kleid des Richters bewahrt und Napoleon I. freimüthig gesagt habe: „Sie hatten Unrecht, kein Urtheil fällen zu lassen.“ Schließlich rief Berryer noch die Unparteilichkeit seiner Richter an und beendigte sein Plaidoyer unter großer Erregung der Gemüther. Berryer war das Wort an dem Staatsanwalte. Berryer, der heute vier Stunden sprach, wird dem Staatsanwalte erst in acht Tagen antworten.

Der Winter in Algerien. Man schreibt aus Meudech in Algerien, daß es in der Nacht vom 5. auf den 6. Jan. anfangt zu schneien und bis zum 9. Jan. Abends fortzuhalten, und zwar so stark, daß der Schnee über einen Meter hoch lag. Mehrere Dächer sind unter dem furchtbaren Gewicht zusammengebrochen, und die Getreidehalle, welche nicht weniger als 100,000 Fr. kostete, liegt ganz in Trümmer. Die ganze Gegend ist verschneit und die ältesten Muselmänner erinnern sich nicht einer solchen Schneemasse. Viele Arbeiter, größtentheils aus Militärs bestehend, sind mit der Wiederherstellung der Wege beschäftigt.

[Der Graf von Chambord.] Es wird der „N. P. Z.“ aus Paris geschrieben: Neuerdings ist ein Brief des Grafen von Chambord an Hrn. v. Charette bekannt geworden, in welchem demselben zu seiner tapferen Haltung in der päpstlichen Armee Glück gewünscht wird. Der Brief ist vom 8. Oktober des v. J. und schließt mit diesen Worten: „Ich bin stolz zu denken, daß diese Legion von Helden und von Märtyrern größtentheils aus meinen Freunden besteht!“ Weshalb war es mir nicht vergönnt, an ihrer Spitze der von der Revolution bedrohten Religion und Gesellschaft zu Hülfe zu eilen! Aber ein Tag wird kommen, und er ist nicht fern, ich habe die feste Überzeugung, an welchem es mir erlaubt sein wird, mich so heiligen Interessen ganz und gar zu weihen! Glücklich mit meinem Blute und meinem Leben den Triumph einer Sache zu erlaufen, welche die Sache Frankreichs, der Kirche, Gottes selbst ist.“ Was wollte der Graf hiermit andeuten? Mir scheint es, als ob wir hier die Bestätigung eines in engen Kreisen zirkulierenden Gerüchtes, das zu wiederholen wir seiner Zeit nicht für zweckmäßig hielten, vor uns hätten, des Gerüchtes nämlich, daß Heinrich V. die Absicht habe, als Chef der Bourbonen für die Sache des Papstes und des Königs von Neapel persönlich einzutreten.

[General Lamoricière] hat den Ehrendegen, den eine große Anzahl Katholiken ihm zur Anerkennung für seinen vorjährigen Feldzug in Italien zugeschlagen, in einem an ein Mitglied des Pariser Comité's gerichteten Briefe abgelehnt. Der Brief ist aus Pruzelle vom 12. d. datirt und entwickelt die Gründe der Ablehnung, wie folgt: „Das außerordentliche Wohlwollen, mit dem

man meine Anstrengungen für die Vertheidigung der Macht des heiligen Stuhles, welche praktisch erfolglos geblieben sind, beeindruckt mich tiefs; aber es ist meine Pflicht, Ihnen zu bemerken, daß wenn ich den mir angebotenen Degen annähme, ich allen Traditionen und allen in unserem Lande gebräuchlichen Gewohnheiten, wo alles, was militärische Fragen betrifft, die Angelegenheit Ledermanns ist, zuwider handeln würde. Diese Traditionen zufolge gibt man einem General einen Ehrendegen für eine gewonnene Schlacht, einen unter denkwürdigen Umständen genommenen befestigten Platz, oder für eine über die von Sachverständigen bezeichnete Zeit hinaus tapfer vertheidigte Festung. Nun aber weiß man nur zu gut, daß ich nichts von all dem gethan habe. Die Provinzen, welche ich vertheidigte, wurden erobert, die Städte genommen, das Kriegsmaterial ging verloren, und die ganze Armee geriet in Gefangenenschaft. Wenn auch seit unserem Unglück die moralische Lage der weltlichen Macht des heiligen Stuhles sich zu bessern scheint; wenn auch das Vertrauen und die Kraft zu den Vertheidigern des Rechtes zurückkehrt ist und der Geist der Spaltungen, der Unsicherheit und des Schwundes sich der Feinde bemächtigt hat; und wenn auch Frankreich, dieser edle und alte Kämpfer für die Sache Gottes, sein Herz von jener Ergebenheit und Tapferkeit bewegt fühlt, die ihm nie in seinen groben Tagen fehlten: so ist es nicht die Hand des Menschen, welche man in all diesem suchen soll, und ich kann nicht vergessen, daß ein General, welcher nur die Ehre seiner Fahnen rettete, weder eine Belohnung verdient, noch eine solche annehmen kann.“

Paris, 26. Jan. [Protest; aus der Diplomatie; Unverschämtheit.] Gegen die Gerüchte, daß Frankreich Dänemark zum Widerstand ermuthige, protestirt die heutige Abend-Patrie. Sie glaubt sich zu können, daß diese Behauptung vollständig ungern sei. Frankreich, meint sie, das sich zum Prinzip der Nichtintervention bekenne, welche sich nur in die Angelegenheiten, die es direkt angehen. Aus reiner Freundschaft für alle in diesen Streit verwickelten Mächte habe es nur dem Kopenhagener Kabinett angerathen, dem nationalen Gefühl in Deutschland alle Konzessionen zu machen, um die zahlreichen Bedrohrungen in Holstein, die an der deutschen Race halten, zu befriedigen. Die „Patrie“ widerlegt auch die Nachricht, daß eine Flotte für die Ostsee Seitens Frankreichs gebildet werde. Dieses wird auch wohl nie geschehen, denn England, daß man hier ohnedies anklagt, mit Deutschland unter einer Decke zu stecken (?), wird wohl nicht dulden, daß französische Schiffe den Sund passiren. — Graf Pourtales, der gestern eine lange Konferenz mit Thouvenel hatte, soll denselben höchst unzufrieden verlassen und sofort Depeschen nach Berlin gesandt haben. Über Russland weiß man hier nichts Genaueres. Die russischen Gesandten in Berlin und Wien sollen den Schnupfen haben, und Herr v. Kisseleff est enrumé de poitrine, und das Sprechen wird ihm deshalb schwer. — Der „Courrier du Dimanche“ enthält heute, und zwar aus der Feder des wegen seiner Unverschämtheit rühmlich bekannten Alexander Weill, früheren Mitarbeiter der Kreuzzeitung, einen Schmähartikel auf den verstorbene König von Preußen. Daß Alexander Weill so schreibt, erregt kein Erstaunen, daß aber der so vielfach deforerte Graf von Ganesco solche Gemeinheiten in sein sogenanntes diplomatisches Blatt aufnimmt, kann nur Ekel erregen. (K. 3.)

[Tagesnotizen.] Die Rede des Kaisers soll, wie man jetzt hört, in Anbetracht der von dem König von Preußen geführten Sprache sehr ernst und fest gehalten werden. — General Vilhelm besuchte gestern den Kriegsminister, der sich, auf besondere Aufruf des Kaisers, in sehr ausführliche Erläuterungen über die Organisation und den gegenwärtigen Bestand der französischen Armee ihm gegenüber einließ. — Bismarck Le Barbier de Linan kommt heute Abend oder morgen von Toulon hierher. Er soll sich unter der Zahl der neuen Senatoren befinden, welche auf Grund der Annexion von Savoyen und Nizza freit werden. — Marquis Pepoli wird in besonderen Aufträgen des sardinischen Kabinetts hier erwartet. — Der Kaiser schickt der katholischen Gemeinde von Peking eine Sammlung kirchlicher Gefäße.

Niederlande.

Haag, 24. Januar. [General v. Brauchitsch; die Ueberschreimungen.] Der preußische General v. Brauchitsch, welcher die Thronbesteigung des Königs von Preußen bei unserem Hofe anzuzeigen hat, wohnte gestern mit dem preußischen Gesandten, Grafen v. Königsmark, einem großen Diner bei unserem Könige bei. — Der König und Prinz Heinrich sind heute von hier abgereist, um persönlich den Zustand der überschwemmten Landestheile in Augenschein zu nehmen, und man erwartet, daß sie Gorcum, Bommel und Herzogenbusch besuchen werden. In letzter Stadt sind allein 7000 der geflüchteten Dorfbewohner des Bommelerwaards untergebracht. Die Mildthätigkeit ist überall rege, sowohl hier wie im Auslande; besonders zeigt sich Belgien als guten Nachbar, denn Tausende von Gulden fließen den Verunglückten von dort zu. Die Furcht vor neuem Unglück ist nicht ganz unbegründet, obgleich das Wasser trotz des Haupwetters am Fassen bleibt. Namentlich fügt das Eis bei Gorcum, wo Waal und Maas zusammenströmen, in solcher Menge und so gefahrdrohend fest, daß man ein regelmäßiges Abströmen für fast unmöglich hält. (K. 3.)

Belgien.

Brüssel, 24. Jan. [Militärkredit.] Dem Kriegsministerium ist ein außerordentlicher Kredit von 15,561,170 Frs. für Artillerie- und Geniematerial eröffnet worden.

Italien.

Turin, 24. Jan. [Die Situation.] Allem Anschein nach wird Cialdini die Geduld der Turiner auf eine harte Probe stellen. So viel ich weiß, will der General vom Telegraphen feinen Gebrauch machen, so lange er nicht entscheidende Nachrichten zu melden hat, und das kann noch einige Zeit dauern. Zum Glücke beginnen die Wahlen schon in drei Tagen und beschäftigen die Einbildungskraft unserer Tages-Politiker lebhaft. Mit Frankreich hat man allen Grund, zufrieden zu sein. Napoleon III. scheint seine Hand nun ganz von Franz II. abgezogen zu haben, wie Sie aus folgendem entnehmen mögen. Die Gesandten von Österreich, Sachsen, Bayern und Spanien, so wie der päpstliche Nunzio haben, indem sie in Gaeta blieben, dies nicht bloß in der Absicht gehabt, Franz II. Muth einzuflößen, sondern auch, um wo möglich neue Schwierigkeiten herzuführen. Als nämlich das Schiff „La Mouette“ den Hafen von Gaeta verlassen hatte, erhoben diese Her-

ren Beschwerden und ließen den Herzog von Grammont ersuchen, er möge ihnen doch ein Kriegsschiff schicken, damit sie ihre Effeten und die Papiere der Legationen retten könnten. Hr. v. Grammont fragte in Paris an und erhielt den Bescheid, kein Schiff zu schicken. Die Diplomaten mußten lange genug, daß die Flotte einmal abfahren würde, und sie hätten sich früher vorsehen sollen. Die Richtigkeit dieser Nachricht darf ich verbürgen. Vimercati hat sie früher gemeldet. (K. 3.)

Rom, 19. Januar. [Festlichkeit beim Herzog von Grammont.] Am 15. d. hat der Herzog von Grammont in Rom ein glänzendes Fest gegeben zu Ehren des daselbst eben angekommenen spanischen Gesandten Marquis von Miraflores. Unter den Gästen bemerkte man den Kardinal Antonelli, den Nunzius Msgr. Sacconi, die Gesandten Ostreichs, Spaniens, Belgien, Costa Rica's, den preußischen Gesandtschafts-Sekretär Katte u. c. Am Abend war im Gesandtschaftshotel große Reunion, unter deren 500 Gästen eine bemerkenswerte Zahl von Kardinälen und mehrere seit Kurzem in Rom anwesende französische Bischöfe sich befanden. Getanzt, wie Anfangs angefagt worden war, wurde nicht wegen der Trauer um den Tod des Königs von Preußen.

Rom, 20. Jan. [Gedächtnißfeier.] Am Donnerstag hielt die päpstliche Akademie der Alterthumskunde eine außerordentliche Sitzung zum Gedächtniß Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, welcher zu ihren Ehrenmitgliedern zählte, um demselben in feierlicher Weise den letzten Alt schuldigen Dankes zu widmen. Ihr Sekretär P. Croce konnte mit Recht sagen, kein Souverän der Gegenwart habe Wissenschaft und Kunst durch so wahrhaft königliche Freigebigkeit zu ehren gewußt, wie Friedrich Wilhelm IV., weil keiner ihnen so geistesverwandt war, wie er.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Die „Correspondance Bullier“, welche vom französischen Kabinete Mittheilungen zu beziehen pflegt, meldet aus Rom, 19. Januar: „General Goyon hat nicht erlaubt, daß die reorganisierten päpstlichen Soldaten die Wache im Vatikan bezogen. Er hat erklärt, daß die Bewachung des Papstes unter der Garantie der französischen Armee stehe.“

Aus Rom, 22. Jan., schreibt man der „K. 3.“: Die nach Gaeta zum Ministerkongresse gereisten fremden Diplomaten wurden schon am Sonntag zurück erwartet, trafen indessen, weil das Meer stürmisch war, noch nicht ein. Ein preußischer Oberst war während der letzten Tage in Gaeta. Er fand es in jeder Beziehung mit Munition und Lebensmitteln, Mehl ausgenommen, noch auf mindestens sechs Monate versehen und durch jede Art von Geschützen, worunter viele gezogene, wohl vertheidigt. — Aus dem Königreich Neapel befinden sich gegen 600 der bourbonischen Dynastie anhangende geflüchtete Familien hier, die sich am letzten Mittwoch, dem Geburtstage des Königs Franz, zu einer gemeinschaftlichen Feier desselben vereinigten. Die Vorführer sind dafür mit Attentaten bedroht worden, und obgleich anonym, wollte man doch die Fäden bis ins römische nationale Komitee verfolgen können. Sofort ist der Sekretär desselben, Dr. Antonelli, Mastro di Cesa im Dienste des Fürsten Gabrielli, daneben praktischer Arzt, von der Polizei exiliert worden. Er ging nach Paris. Eine neue Demonstration kam im Teatro Apollo vor. Im Ballett erschienen mehrere Tänzerinnen mit Trikolorabzeichen und wurden dafür von der jungen Männerwelt mit endlosem Jubel begrüßt und belächelt. Es ergab sich, daß sie ihr Ballkostüm eigenmächtig modifiziert hatten; sofort wurden sie ausgewiesen. Volkshäuser versuchten gestern, mehrere Bäckereien zu erbrechen und zu plündern, wurden jedoch durch die Polizei daran verhindert.

Eine Depesche aus Süditalien, welche der „Patrie“ vom 24. Januar zugegangen ist, giebt einige Einzelheiten über die Situation der Delegation Ascoli, einer an das Königreich Neapel grenzenden Provinz des Kirchenstaats. In letzter Zeit war die Insurrektion noch sehr stark im Gebirge, aber die Stadt Ascoli war in der Gewalt der Piemontesen und von fünf Bataillonen Infanterie, einer Batterie Artillerie, zwei Schwadronen Kavallerie und zwei Kompanien Nationalgarde besetzt. Sehr lebhafte Kämpfe haben stattgefunden in Acqua Santa, Mazzano, Castel-Trafino und Giovanazzi. Die Insurgenten verloren in diesen Gefechten viel Mannschaft. Auch die Piemontesen erlitten empfindliche Verluste. Sie haben bedeutende Verstärkungen erhalten und wollten in Masse gegen die Aufständischen vorrücken, welche sich auf mehreren Punkten wieder festgesetzt und noch die Gebirgsgegenden behaupteten. Die sardinische Regierung zeigt viel Kraft und Energie, um diese verschiedenen Erhebungen zu unterdrücken, und scheint entschlossen, sehr große militärische Mittel in diesem Kampfe zu entfalten.

General Bixio und Oberst Deideri, welche mit Garibaldi eine Unterredung hatten, haben Caprera wieder verlassen. — Das 2. Bataillon der Nationalgarde von Mergellina hat eine Barke, welche sich nach Gaeta begeben wollte, angehalten. Ihre Ladung bestand aus Leder, Papier und Lebensmitteln. — In Rom sind viele Bewohner von Gaeta, von Allem entblößt, angekommen.

Die Madrider Regierung läßt durch die „Correspondencia“ erklären, es sei unbegründet, daß die Königin Isabella Geld nach Gaeta geschickt habe; sie fügt hinzu, der spanische Gesandte werde so lange an der Königs Seite in Gaeta bleiben, als dieser sich nicht von neapolitanischem Gebiete entfernt habe. Über den Stand der Dinge in Gaeta verlautet sehr wenig Zuverlässiges. Dagegen wird die Niederlage der Banden, die unter bourbonischen Offizieren aus dem Nördlichen ins Neapolitanische drangen, von allen Seiten bestätigt. Die Piemontesen, welche unter der Statthalterschaft des Prinzen von Carignan ungleich schärfer, als unter der Farini'schen Verwaltung, im Neapolitanischen aufzutreten, sind aber noch weiter gegangen. — Aus Rom, 24. Jan., wird telegraphirt: Ein Korps von 1000 Mann Piemontesen hat das Kloster von Casamali im Kirchenstaat angegriffen und die reaktionäre Bande von Chavimo zerstört. Die Piemontesen zogen sich zurück, nachdem sie das Kloster in Brand gesteckt hatten. Die Mönche hatten sich jedoch schon vor dem Angriffe in Sicherheit gebracht.

Über das Schweizer-Militär in Gaeta erhält die „A. 3.“ einige neue Notizen. Außer dem Schweizer-Veteranenkörpers sind daselbst noch 160 Dienstfähige und 150 Stupschützen von den Fremdenbataillonen. Diese besorgen die Wachen in den Gräben. Major Wieland von Basel kommandiert das Veteranenkörpers, in welches die Mehrzahl der verwundeten Unteroffiziere nach ihrer Heilung eingereiht worden ist. Die Fremdenbatterie, welche die Porta di Terra vertheidigt, steht unter dem Befehl des Haupt-

manns Sury von Solothurn, der unter seinen Offizieren einen Franzosen und einen Amerikaner hat. General Sigrist von Luzern kommandiert die Meerbatterie; Marshall Niedmaffen aus dem Kanton Wallis die Landbatterie; General Schumacher beorgt die Errichtung von Getreidemühlen und die Verwaltung der Lebensmittel. Er ist immer in unmittelbarer Nähe des Königs. Mit Lebensmitteln ist Gaeta noch für 18 Monate versehen; dagegen sieht es mit dem Futter für das Schlachtvieh schlecht aus, zu dem in neuester Zeit noch 700 Schweine gekommen sind.

Unter den Kriegsschiffen, welche gegen Gaeta wirken, befinden sich nur zwei von der ehemaligen neapolitanischen Flotte, und zwar aus dem Grunde, weil die Marine-Offiziere der Mehrzahl nach sich geweigert haben, an den Operationen gegen den König Franz in Gaeta sich zu beteiligen. Es ist nun mehr Befehl ertheilt, die widerspenstigen Offiziere vor ein Kriegsgericht zu stellen. Persano ist bei den neapolitanischen Seelenen nicht beliebt; er ist ihnen zu rauh und mutet ihnen einen strengeren Dienst zu, als sie unter dem früheren Systeme zu leisten gewohnt waren.

Die in Neapel angelkommenen lombardischen und toscanischen Nationalgardisten, welche sich auf eine lustige Wintergarnison in Neapel eingerichtet hatten, sind sofort nach Capua, Sternia und anderen Orten verlegt worden und haben einen sauren Dienst, den die jungen Leute jedoch als gute Patrioten mit frohem Muthe versehen. Diese mobilen Bataillone bestehen meistens aus Söhnen der besten Familien. Über den Stand der Dinge in den Abruzzen bringt die „Patrie“ die Zuschrift eines Italiener, Moderati, der zum Belege, daß die Auffassung der „Patrie“, als sei in Ascoli eine Erhebung gegen die neue Ordnung erfolgt, falsch sei, den Brief seines Schwagers einschickt, welcher in Ascoli Advokat, Gemeinderaths-Mitglied und Hauptmann in der Nationalgarde ist. Dieser schreibt: „Die Reaktion ist in unsern Bergen furchtbar; nicht jedoch, als wenn unser Bergvolk sich wie 1848 beteiligt hätte, denn dieses weiß, wessen es sich von der päpstlichen Regierung zu versehen hat, sondern man hat uns allerlei Gefindel (canaglia) von ehemaligen Lamoriciere'schen und bourbonischen Soldaten und gewesenen päpstlichen Karabinieri auf den Hals geschickt. Die Sache wird ernst. Wir haben in unserer Villa di San Salvatore beträchtlichen Schaden erlitten, wo mehrere dieser Banden Alles gestohlen und, was sie nicht forschaffen konnten, zerstört haben. Gegenüber trieben sie es in den Villen Girolami's, Giovanazzi's und Anderer mehr...“ Die Banden, welche vom Kirchenstaat aus ins Neapolitanische einstiegen und jetzt zurückgetrieben wurden, hatten, wie die „Gazette de France“ andeutete, „die Mission, Neapel wieder einzunehmen und Franz II. wieder auf seinen Thron zu setzen“.

In Messina sollen laut Wiener Depeschen einige französische Emigranten, Legitimisten, verhaftet worden sein.

Spanien.

Madrid, 23. Jan. [Teleg. Notizen.] Die „Epoca“ zeigt an, daß das kleine spanische Geschwader an der neapolitanischen Küste bleiben wird. — Die Cortes haben gestern das Gesetz über das Militäravancement genehmigt und der Regierung 16 Millionen Realen zur Wiederherstellung der durch die Überschwemmungen angerichteten Verheerungen bewilligt. Die Vorschüsse für die Eisenbahnen sind gleichfalls bewilligt worden. — Die Königin hat aus ihrer Kassette 1 Million Realen zur Unterstützung für die Überschwemmungen gegeben. — Die Feierlichkeit des Handkusses ist glänzend ausgefallen. Die Präsidenten der beiden Kammer haben die Königin wegen des Friedens und Gedenkens der Nation inmitten der europäischen Aufregung beglückwünscht. — Nach der „Espana“ hat die Regierung die telegraphische Nachricht erhalten, daß in Mogador die 40 Millionen eingeliefert worden sind, welche die Marokkaner zu bezahlen haben. Die Sozieté „Cirée“ wird diese Sendung bis Cadiz eskortieren. — Die portugiesische Presse schließt sich der spanischen an, um die Abschaffung der Reisepässe zu verlangen.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Jan. [Hostrauer; Rüstungen.] Der Hof hat wegen des Ablebens Königs Friedrich Wilhelm IV. auf drei Wochen Trauer angelegt. — Es ist ein Zirkular des betreffenden Kriegsministeriums an die Kontraktionsbehörden erlassen worden, in welchem es heißt: „Da es bei einer eventuellen Armee-mobilisierung nötig ist, daß die Einberufung der Mannschaften schleunigst geschiehe, so ist die schnellstmögliche Expedierung der Einberufungslisten für die Unterkorporale aus den Jahren 1857, 1858, 1859 erforderlich.“ (Tel.)

Türkei.

Konstantinopel, 19. Jan. [Teleg. Notizen.] Eine Korvette ist nach Klek abgegangen, um Truppen von dort nach Sinope zu bringen. — Die Donauumündung ist wieder eisfrei. — Der griechische Patriarch hat die zum Katholizismus übergetretenen Bulgaren exkommuniziert. — Die Archive der hiesigen neapolitanischen Gesandtschaft wurden dem spanischen Gesandten übergeben. — Fürst Cossa hatte dem Deputirtenhaus der Walachei mittheilt, daß das Deputirtenhaus der Moldau mit demselben vereinigt werden; diese Anzeige ist vom Hause, so wie von den Tribunen mit enthusiastischem Zuruf begrüßt worden.

Beyrut, 14. Jan. [Neue Christenmeleben.] Der Pariser „Presse“ wird von hier geschrieben, daß die Bewohner zweier christlichen Ortschaften in der Nähe von Damaskus von den in den Hauran geflüchteten Drusen ermordet und beraubt worden sind. Nähere Details fehlen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 19. Jan. [Die konfiszirten Waffen; Beschwerde Ruhland's.] Der Brüsseler „Levant“ hat folgendes Telegramm erhalten, dessen Inhalt er als vollkommen richtig verbürgt will: „Die auf den sardinischen Schiffen konfiszirten Waffen sind noch nicht herausgegeben; es wird geschehen, aber inzwischen bringt man sie hier in die Nähe, ins Cotraheni-Kloster, welches durch Beschädigungen gegen einen Handstreich gesichert wird. Die hier befindlichen Ungarn sagen, Fürst Cossa habe sie verrathen, und stossen offene Drohungen gegen ihn aus. — Der russische Generalkonsul hat dem Fürsten Cossa ein Schreiben folgenden Inhalts überreicht: Ruhland bedauert die zunehmende Unzufriedenheit in den vereinigten Fürstenthümer, die geringe Autorität der Behörden, welche nicht einmal die Bildung einer ungarischen Legion in der Walachei und einer polnischen Legion in der Moldau verhindern können. Im Falle, daß Unruhen aus-

brächen, würde Ruhland so handeln, als wenn seine Grenzen von dieser Seite bedroht worden wären. Rossuth und Klapka befinden sich in Bukarest.“

Griechenland.

Athen, 19. Januar. [Die Wahlen] für die neue Kammer haben begonnen. Das Ministerium und die Opposition erliegen Progrome.

Amerika.

New York, 15. Januar. [Die nordamerikanische Bewegung.] Die Staaten Mississippi, Alabama und Florida hatten sich von der Union losgelöst. — In Charleston wurde die Aufregung in Folge friedlicher Nachrichten aus Washington etwas abgeschwächt. Die Bundesstruppen hatten sämtliche Forts in Pensacola, mit Ausnahme des Forts Pickens, geräumt. Von Mobile hatten sich 300 Mann gegen letzteres auf den Weg gemacht. — In Pensacola waren mehrere Forts und das Forts Rouge-Arsenal von den Seceshen besetzt worden. — New York hatte die gesamte Mannschaft des Staates der Zentralregierung zur Verfügung gestellt. — Einer Korrespondenz in der „New-York Times“ aus Washington zufolge hatten die Abgeordneten Virginias im Kongreß, mit Ausnahme von dreien unter ihnen, einen Aufruf an ihren Staat erlassen, es möge dadurch eine Konvention beabsichtigt werden, einander zu trennen. — Es hieß, daß die Kriegsdepartement „Brooklyn“ und „Harriet Lane“ mit Truppen an Bord nach Charleston entsandt werden sollen. — Das Reuter'sche Bureau bringt Nachrichten aus Washington vom 12. M. Das mit Truppen an Bord nach Charleston entsandte Schiff „Star of the West“ war wieder in New York eingetroffen, nachdem es durch einen Kanonenbeschuss beschädigt worden war. Die Minister des Staates Südkarolina hatten dem Fort Sumter mit einer weißen Parlamentärsflagge einen Besuch abgestattet. Über den Erfolg desselben verlautet nichts. Seward hatte im Senat zu Washington eine verbindliche Rede gehalten.

[Die Revolution in Neu-Granada; Krieg Peru's gegen Bolivien.] Das Postdampfschiff „Northern Light“ bringt die Nachricht, daß die Insurgenten in Neu-Granada bedeutende Vortheile über die Regierung da-vongetragen haben. Das soll fast einem Monat belagerte San Martín ist am 19. Dezember erobert und die Regierungstruppen, welche die Garnison bildeten, nach Panama transportiert worden. Der amerikanische Konsular-Agent in Santa Marta hat sich an Bord eines britischen Kriegsschiffes geflüchtet. Auch sollen die Regierungstruppen bei Banco am Magdalenen-Strom in einem Gefechte, in welchem auf beiden Seiten etwa 1500 Mann engagiert waren, eine Niederlage erlitten haben. Im Staate Santander haben die Insurgenten ebenfalls gesiegt. Eine große Truppenmasse war auf dem Marsche gegen die Hauptstadt. — Der peruanische Kongreß hat dem Präsidenten Vollmacht zum Kriege gegen Bolivia ertheilt, welches indes gut gerüstet sein soll.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 28. Jan. [6. Sitzung.] In der heutigen Sitzung brachte der Handelsminister folgende 5 Gesetzentwürfe ein: 1) Einen Entwurf, betreffend die Abänderung mehrerer Vortheile der preußischen Posttaxis für Güter und Schriften. 2) Einen Entwurf, betreffend die Kompetenz der Oberbergverwaltung. Es soll in jeder Provinz nur ein Oberbergamt bestehen; die Bergämter sollen eingehen. 3) Einen Entwurf, betreffend die Mobilisierung der Kure. 4) Einen Entwurf, betreffend die Ermäßigung der Bergwerksabgaben. Diese Ermäßigung soll vorläufig 1 Prozent betragen. 5) Eine Abänderung des Zolltarifs in Folge der Befreiung des englischen Zinns in Blöcken und Stangen vom Eingangszoll. — Es folgen hierauf Erätzahnen, welche ebenso wenig zu einer Diskussion Veranlassung geben, als der Bericht der Geschäftsausordnungskommission in Betreff der Mandate des Abg. v. Heydebrand u. d. Lasa und Seubert. Der Präsident thießt mit, daß am nächsten Donnerstag die Veredigung derjenigen Mitglieder vorgenommen würde, welche den Eid noch nicht geleistet haben; sodann werde die Frage: „Ob das Mandat des Abg. v. Bonin erledigt ist“, zur Diskussion kommen. Morgen wird der Adressenwurf gedruckt und am Freitag zur Debatte gelangen.

* * In der Adresskommission des Abgeordnetenhauses sind die außerdeutschen Fragen mit möglichster Schonung an Herrn v. Schleinitz gestellt worden. Ein gehend erörtert wurden: die Angelegenheit wegen der „Cordley“ und die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Grafen Rechberg in Teplic. Man erwartet verschiedene Amendements aus der Fraktion Winck.

Bei der am 24. d. M. in Plaßow stattgefundenen Deputirtenwahl ist der Kreisrichter P. a. P. statt des Plaßower Kreis in Stelle des Landrats v. Wehren, der bekanntlich seine Stelle als Deputirter niedergelegt hat, gewählt worden. P. gehört der liberalen Richtung an.

Durch den am 25. Januar erfolgten Tod des Justizrats Gräff, Rechtsritter auf Kontopp, ist das Mandat zum Abgeordnetenhaus für den 2. Siegnitzer Wahlbezirk (Grünberg-Greystadt) erledigt.

Aus polnischen Zeitungen.

Krakau. [Misstrauen der Bauern gegen den Adel.] Am 5. Januar wurden vom herrschaftlichen Schloß in Podhorze mehrere alterthümliche Waffen zur archäologischen Ausstellung in Lemberg abgeschickt. Dies gab unter den Bauern zu dem Gedanken Veranlassung, daß die Polen vom Podhorzer Schloß Waffen nach Lemberg senden, wodurch sie bei dem gleichzeitig ausgeprungenen Gerücht, daß die Herren sich nach Wien begeben hätten, um den Kaiser um Wiedereinführung der Krohdienste zu bitten, in dem Grade bestimmt wurden, daß sie sich nach der Andacht um die Kirche versammelten und bedachten, was die Abwendung der Waffen zu bringen sei. Dies fragte, woher sie das wüßten. Sie weigerten sich, dies zu sagen und behaupteten nur, sie wüßten es aus guter Quelle. Den Belehrungen des Geistlichen gelang es endlich, die Bauern scheinbar zu beruhigen. Dies ereignete sich in einer Gemeinde, die sich stets durch Rübe auszeichnete. Noch verhalten sich die Bauern in der hiesigen Gegend (bei Bielozow) ruhig, aber gewiegelt werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 29. Januar. [Der gesellige Verein deutscher Landwirthe der Provinz Posen.] Die Versammlung deutscher Landwirthe, die am 25. d. hier in Mylius' Hotel stattfand, war von etwa 80 Mitgliedern besucht. Den Vorsitz führte Herr v. Tempelhof auf Dombrowska, zeitiger Vorsitzender des geselligen Vereins im Kreise Posen, von welchem die Anregung zu der Versammlung ausging. Der Vorsitzende die Gründe vor, aus denen dem Posener Verein es wünschenswert und zeitgemäß erschienen sei, auch die deutschen Gutsbesitzer, Pächter und Landwirthe der angrenzenden Kreise zum Beitrete einzuladen. Der Verein habe sich, neben Förderung der landwirtschaftlichen Interessen, die Kräftigung und Organisierung des deutschen Elementes zur Aufgabe gemacht. Selebhafter und zahlreicher die Beteiligung sein werde, je fester über schließen und sich brüderlich die Hand reichen würden zu gegenseitiger Unterstützung und Geltendmachung ihrer Rechte und Interessen, umso mehr dürfe man auch hoffen, daß die Selbständigkeit des seit Jahrhunderten in der Provinz einheimischen deutschen Elementes im Innern und Auslande die ihm gebührende Anerkennung sich verschaffen werde. In dem Maße, als hier und auswärts die Bezeugung sich verstetigen werde, daß die Zukunft dieses Landes unzertrennlich an Preußen gesetzt sei, daß das Gedanken der Landwirtschaft und der Industrie, die Entwicklung der geistigen Kultur, überhaupt Glück und Wohlstand aller Klassen der Bevölkerung, ohne Rücksicht auf Nationalität und Konfession, allein verfügt sei durch den engsten und festesten Anschluß an Preußen, umso mehr dürfe man hoffen, daß die Landwirtschaft wie den Handel (Fortsetzung in der Beilage).

und Gewerbetreibenden der Provinz gleich nachtheiligen Besuche Leichtsinniger und Nebelwollender, den Frieden und die Ruhe zu untergraben an Einfluß verlieren würden. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich viele der Anwesenden beteiligten, einigte sich die Versammlung zu dem Beschlusse, daß ein geselliger Verein deutscher Landwirthe in der Provinz Posen gestiftet werden solle; daß dieser Verein vierteljährlich Versammlungen abwechselnd in Posen und Bromberg veranstalte; daß ein Vorstand von 6 Mitgliedern erwählt und zur Vermittelung zwischen diesem und den einzelnen Mitgliedern in jedem Kreise eine Vertrauensperson erwählt werde. Die in diesem Sinne entworfenen Statuten wurden einzeln debattiert, angenommen und von allen Anwesenden unterzeichnet. Zu Vorfesten wurden gewählt: die Herren v. Tempelhoff-Dombrowska, Baarth-Gerekwica, Kennemann-Neustadt, v. Treskow-Grocholin, v. Saenger-Grabowo und Iffland aus dem Kreise Gnesen, so wie 6 Stellvertreter. Hiermit war der Verein konstituiert und wird der Vorstand die nötigen Einleitungen für die bald zu berufende nächste Versammlung treffen. Von mehreren Anwesenden wurden Petitionen an die Landesvertretung vorgelegt, die theils auf die feindseligen Agitationen Bezug hatten, die von einigen Seiten hier jetzt in der Provinz betrieben werden, theils die Grundsteuerausgleichung und andere besondere Interessen zum Gegenstande hatten. Die Versammlung fand es indeß nicht angemessen, diese Petitionen zu den ihrigen zu machen, und überließ es jedem, sich daran nach seinem Ermessen zu beteiligen. Man wollte nicht die gesellige Tendenz des Vereins in eine ausgesprochen politische umwandeln. Dem Verein sind auch von vielen Nichtanwesenden Beitrittserklärungen zugegangen. Wenn jeder deutsche Landwirth es sich zur Pflicht und Ehrensache machen willte, sich nicht allein seinen Mitbürgern anzuschließen, sondern auch nach seinen besten Kräften in seinem Wirkungskreise im Sinne des Vereins thätig zu sein, so ist zu hoffen, daß auf diesem Wege die wirtschaftlichen Zustände unserer Provinz zum Vortheile der Einzelnen wie der Gesamtheit nicht unwe sentlich gefördert und der Wiederkehr anarchistischer Zustände vorgebeugt werde.

[Gutsverkauf.] Die Herrschaft Mechlin im Kreise Schrimm, dem Grafen Roger Raczyński gehörig, ist von demselben, wie verlautet, an den Rittergutsbesitzer v. Myslowski auf Kottlin aus freier Hand verkauft worden. Dieselbe hat ungefähr 4000 Morgen Acker, 1100 M. Wiesen, 6000 M. Forst, 1000 M. Hütung. Der Kaufpreis, einschließlich der Abfindung des Pächters, soll 150,000 Thlr. betragen haben, wovon 60,000 Thlr. bei der Übernahme zu zahlen sind. Wenn diese Angaben, wie wir glauben dürfen, richtig sind, so würden sie beweisen, daß die Güterpreise bei uns erheblich herabgegangen sind, wofür die Gutsbesitzer sich bei denen bedanken mögen, die es seit mehreren Jahren angelegen sein lassen, über unsere öffentlichen Zustände irgende Meinungen zu verbreiten und die Provinz überall in Misckredit zu bringen.

[Feuer.] In der verschlossenen Mitternachtssunde ertönte Feuerlärm. In einem Keller der Wasserstraße, in welchem Seife fabriziert wird, hat, wie wir hören, ein unbedeutender und bald wieder unterdrückter Brand stattgefunden. Nähere Notizen darüber sind uns nicht zugegangen.

< Lissa, 28. Januar. [Wohlthätigkeit.] Der überaus strenge Winter hat den Wohlthätigkeitsfonds bei uns in dem ausgedehntesten Umfang wach gerufen. Mit den Kommunalbehörden wetteifern Privatpersonen und Wohlthätigkeitsvereine in anerkannter Weise, die Noth durch nachdrückliche Unterstützung zu lindern. In einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten ermächtigten diese den Magistrat, bei sich steigerndem Nothstande die etatsmäßig für außerordentliche Unterstützungen ausgesetzte Summe zu überschreiten. Der Magistrat seinerseits erklärt es für wünschenswert, daß jeder Bürger, bei dem sich eine nothleidende Person melde, durch ein kurzes Schreiben dem Magistrat sofort davon Angezeige mache. Diese werde er mit Dank entgegennehmen, und nach Feststellung der Sachlage für schleunige Abhilfe gesorgt werden; auf diese Weise könne jeder Einzelne die Behörde in ihrer Sorge für die Ortsarmen unterstützen; denn jene könne nur dann abhelfend einschreiten, wenn ihr feststehende Thatsachen, nicht aber, wenn ihre bloß allgemein gehaltene Anzeigen gemacht würden. Arbeitslose Personen würden übrigens jederzeit von der Stadt gegen ein Tagelohn von 6 Sgr. Beschäftigung finden. Rühmliche Anerkennung verdienen ferner die Unterstützungen, welche den Ortsarmen von Privatpersonen und Vereinen zu Theil werden. Rechtsanwalt Nolte, Zimmermeister Rau und Kaufmann Wolf Landsberg aus Samter haben jeder 10 Klaster Kiefern-Stochholz zur Vertheilung überwiesen. Mehrere Mitglieder

der jüdischen Gemeinde haben behufs Holzvertheilung an Arme eine Privatsammlung veranstaltet, die außer mehreren Klaftern, welche ihnen geschenkt wurden, nahe an 80 Thlr. eintrug. Auf Veranlassung der Armen-Direktion ist für heute Abend ein Konzert im Saale des Gymnasiums angekündigt, bei dem außer dem hiesigen Quartettverein auch mehrere andere Dilettanten mitwirken werden.

Angekommene Fremde.

Vom 28. Januar.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Cunow aus Schöffen und Wirthschafts-Kommissarius Antoniewicz aus Sempuchowo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Kammmeister a. D. v. Heydebrecht aus Köslin, die Kaufleute Toussaint, Appelius, Koch und l'Eguoue aus Berlin, Blanquet aus Hamburg, Klatzke, Patini, Brinkmann, Neizer und Galt aus Breslau, Rau aus Düren, Dreyfus aus Köln, Denk aus Neurup und Gutsch aus Stettin.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Bojanowski aus Krzekotowice, fürtlicher Domänendirektor Molinek aus Neisen und Kanonikus Jakubowicz aus Warschau.

Vom 29. Januar.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Guissb. Naglo aus Bielawa und v. Potworowski aus Karmin, die Kaufleute Bell aus London, Mayer und Lederer aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Dellinger aus Leipzig, Steinlop aus Góra, Engmann aus Grünberg, Meyer, Stemming und Landsberg aus Berlin, Büchmann aus Galdern, Neudebauer aus Gangelsau und Lütje aus Düren.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Bevollmächtigter und Agent Mathias und Faberlant Rüttgers aus Breslau, Rittergutsb. Arndt aus Goslawice, Distrikts-Kommissarius Fischer aus Dujaz, die Kaufleute Ostermeyer aus Nürnberg, Herz aus Schneidemühl und Freudenthal aus Hamburg.

HOTEL DU NORD. Kaufmann Slater aus Sheffield und Delan Janowski aus Wysoč.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsb. v. Turno aus Skopanowo, Rentier Gregorius aus Berlin, die Kaufleute Pluge aus Stettin und Bärwald aus Memel.

SCHWARZER ADLER. Die Appell. Ger. Auskultatoren Gaase und Lehmann aus Rawicz, Partikular Kamieński aus Kosten, Eigentümer Badermann aus Rogasen und Inspektor Weigandt aus Kifowo.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Radkiewicz aus Schmiegel, Gutsbesitzer Spynek aus Pietrowo, die Gutsräuber v. Zablocki aus Kiązno und v. Kosow aus Starczanow.

BUDWIG'S HOTEL. Hotelbesitzer Pissak aus Ratwitz, die Kaufleute Guttman aus Grätz, Salinger aus Stenzewo und Hamann aus Jaworacław.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Breslau, 1. Abtheilung.
Das dem Peter v. Wilkski und seiner Ehegattin Apollonia geb. v. Drweska gehörige adlige Rittergut Chwalibogowo, nebst dem Bormere Korzky und dem Dorfe Chwalibogowo, abgeschäfft auf 90,976 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzuweisenden Taxe, soll

am 4. Juni 1861 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Rechtsnachfolger der Casimir und Josepha v. Otockischen Cheleute, so wie die unbekannten Erben des Chryzom v. Siegolewski werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei uns zu melden.

Breslau, den 17. Oktober 1860.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht, 1. Abtheilung zu Rogasen.

Die dem Johann Leopold Brach gehörigen, zu Rogasen unter Nr. 115/455 und 122 belegenen Mühlengrundstücke, zusammen abgeschäfft auf 18,558 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf., und zwar das eigentliche Mühlengrundstück Nr. 115/455 auf 18,680 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., und Nr. 122 auf 178 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzubehenden Taxe sollen am

6. Mai 1861 Vormittags um 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, und zwar die Erben des Kaufmanns Joseph Caro zu Rogasen werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Rogasen, am 15. September 1860.

Bekanntmachung.

Durch das am 30. November 1860 publizierte Testament der zu Schwerenz bei Posen verstorbenen Witwe Hinde Besser geb. Pincus sind die in Amerika befindlichen, ihrem dortigen Aufenthalt nach unbekannten Interessenten:

1) Abraham Besser,

2) Jacob Lesser und

3) Leiser Lesser

mit Vermächtnissen bedacht und der Kaufmann Izidor Pincus zu Grünberg in Schlesien darin zum Testaments-Erfutor ernannt worden.

Posen, den 24. Januar 1861.

Der Rechts-Anwalt, Justizrat Guderian, als amtlich zugeordneter Mandatar.

Pensionat für junge Mädchen in Grünberg i. Sch.

Das Bestehen zweier höh. Töchterschulen am hiesigen Orte, ausgesetzt mit sehr guten Lehrkräften, gibt den Eltern, welchen daran gelegen ist, ihren Töchtern eine gute wissenschaftl. Bildung geben zu lassen, die willkommenen Gelegenheit dazu, was durch die gesunde Lage d. Ortes noch begünstigt wird. Ein mit Haus und Garten verl. Sam. will sich der Aufnahme von jung. Mädchen, unterzogen, Elt. und Borm., die hierauf rest. bel. s. weg. näh. Ausf. a. H. G. Gaffke in Grätz in portostreuen Erf. zu wenden.

Eine Conditorei ist veränderungshalber sofort zu verkaufen. Reflektirende wollen sich persönlich oder in fr. Briefen an Unterzeichneten wenden.

Posen, 28. Januar 1861.

A. Haendschke, Conditor.

Eine unverheirathete, katholische Dame, im gesetzten Alter, welche bisher mit der Krankenpflege und Rüfficht der Kinder beschäftigt war, sowie auch die Hauswirthschaft selbständige geleitet hat, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, sucht in gleicher Beschäftigung unter sehr bescheidenen Ansprüchen — wobei mehr auf eine freundliche Behandlung, als auf ein hohes Honorar gerechnet wird — ein Unterkommen in einer Familie auf dem Lande, oder in der Stadt. Das Nähre zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Ein gebildetes Mädchen, das im Schneider und Puznachen geübt, auch gute Attete aufzuweisen hat, sucht eine für sie geeignete Gefällige Offerten werden unter der Adresse M. W. poste restante Posen erbeten.



Rob. M. Sloman's Packet-Schiffahrt von Hamburg direct nach New-York, New-Orleans und Quebec.

Ich erlaube mir anzuseigen, dass ich an der Stelle der Herren L. Knorr & Co. hiesigen Herren **Donati & Co.** meine Agentur übergeben habe, und dass sie und die sie vertretenden Herren Agenten von jetzt **allein ermächtigt sind, bindende Passagier-Contracte** für meine Packetschiffe, die ihre Fahrten im Uebrigen unverändert fortsetzen werden, abzuschliessen.

Hamburg, 1. Januar 1861.

Rob. M. Sloman.

Auf Obiges Bezug nehmend, zeigen wir ergebenst an, dass wir die genannten Packetschiffe stets prompt befördern, und zwar:

nach **New-York** und **Quebeck** am 1. und 15. eines jeden Monats,

nach **New-Orleans** am 15. März und 1. April.

Passagiere und Auswanderer wollen sich, unter Zusage der besten und gewissenhaftesten Beförderung, wegen näherer Auskunft an unsere Herren Agenten oder in frankirten Briefen direct an uns wenden.

Hamburg, 1. Januar 1861.

Donati & Co.

Ein silberner Eßlöffel, gez. **J. G. R.**, ist gestohlen worden. Vor dem Ankauf wird gewarnt. Dem Wiederbringer eine angemessene Belohnung Bergstr. 12, 1 Tr.

Eine weiss und braungefleckte **Wach-Bettwäsche**, auf den Namen **Bello** hörend, ist gestern Abend abhanden gekommen. Der Finder wird ersucht, dieselbe gegen eine angemessene Belohnung Schlossstrasse 83, eine Treppe hoch, abzugeben.

Im Verlage von **B. Behr's Buchhandlung** in Berlin, u. d. Linden 27, Posen, Wilhelmstraße 21, erschien so eben:

La nouvelle

Sainte-Alliance.

10 Sgr.

Zur Beschaffung für die Stadtarmen mit wohlfeilen Lebensmitteln sind eingekommen: von den Hh. v. Rosenstiel 15 Thlr., Hebanowski 3 Thlr., Dr. Matecki 10 Thlr., Cibulski 3 Thlr., Dr. Szulc 2 Thlr., Kreisrichter Moty 2 Thaler, Dr. Dolin 1 Thlr., Simon 1 Thlr., Osterfai 1 Thlr., Kaminiski 1 Thlr., Post-Sehr. Schmidt 2 Thlr., Jacob Schlesinger 5 Thlr., Krzywiecz 3 Thlr., Dr. Haupt 1 Thlr., Meisch 1 Thlr.,

Dr. Hize 1 Thlr., Eipke 1 Thlr., v. Mieczynski auf Bythin 11 Thlr. 10 Sgr., Magnuszewicz 4 Thlr., Kfm. Schmidt 5 Thlr., dessen Personal 1 Thlr., unter per M. 10 Thlr., vom Hrn. Provinzmeister Riedel 10 Thlr., Annuz 15 Thlr., Reg. Rath Reichert 2 Thlr., Stadtrath Raatz 10 Thlr., Bernhard Jaffe 10 Thlr., D. G. Baarth 25 Thlr., Stadtrath Au 2 Thlr., Stadtrath Dr. Samter 2 Thlr., Goldarbeiter Baumann 3 Thlr., Hermann Baarth 15 Thlr., Theodor Baarth 10 Thlr., Oberst-Lieut. v. Michaelis 5 Thlr.

Das heute Nachm. 3½ Uhr nach langem Krankenlager erfolgte Ableben des königl. Gen. Komiss. Setzelt. **Daniel Fried. v. Gross** im 75. Lebensjahr zeigt fernen Verwandten und Freunden des Verstorbenen tiefe betrübt ergebenst an. Die Beerd. findet am 31. d. M. Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Grab. Nr. 3 b, aus, statt.

Posen, den 28. Januar 1861.

Elisabeth Nowakowska als Pflegedochter.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Hamburg: Fr. M. Steinthal mit dem Dr. med. Neisser; Freiburg: Fr. C. Frey mit dem Apotheker Wolff.

Todesfälle: Hüttenmeister v. Mutsch in

Landsberger-Hütte, Kassirer des Schle. Bank-

vereins Heinek und Kreisrath. a. D. Wittmeyer

3 Thlr., Dr. Haupt 1 Thlr., Meisch 1 Thlr.,

Rheinische, 4 76 b
do. Stamm-Pr. 4 —
Rhein-Nahebahn 4 24 b
Ruhrort-Crefeld 3½ 75 G
Stargard-Posen 3½ 84½ b
Thüringer 4 98 G

Waaren-Kred. Anth. 5 4 —
Weimar, Bank-Akt. 4 69 b
Industrie-Aktien.

Deffau, Kont. Gas. A 5 92½ b u G
Berl. Eisenb. Fabr. A 5 60½ G
Hörder Hüttenw. A 5 19½ b
Minerv. Bergw. A 5 2½ G p. St.
Neustadt. Hüttenw. A 5 4 85 G
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Priority-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 4 81 G
Berl. Handels-Ges. 4 76 etw b
Braunschw. Bt. A 4 62 G
Bremen do. 4 96½ etw b
Coburg, Kredit-do. 4 38 G
Danzig, Priv. Bt. 4 83 B
Darmstädter abgst. 4 66½ b u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A 4 92½ G
do. II. Em. 5 —
Deffauer Kredit-do. 4 12 etw-12½ b u G
Deffauer Landesbl. 4 15½ n 15 etw b u G
Dist. Comm. Anth. 4 77 b
Genfer Kred. Bt. A 4 21½ B
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 81 G
do. II. Em. 4 80 G
do. III. Em. 4 85 B
do. II. Em. 5 —
Aachen-Maastricht 4 —
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 102½ b
do. II. Em. 5 102 b u G
do. II. Em. 5 IV. 99½ B

Rheinische Pr. Obl. 4 74½ b
do. v. Staatgarant. 3½ 80½ B
do. Düsseldorf. Elberf. 4 84½ G
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 94½ G

Priority-Aktien.

Berl. Kassenverein 4 115 B
Berl. Handels-Ges. 4 76 etw b
Braunschw. Bt. A 4 62 G
Bremen do. 4 96½ etw b
Coburg, Kredit-do. 4 38 G
Danzig, Priv. Bt. 4 83 B
Darmstädter abgst. 4 66½ b u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A 4 92½ G
do. II. Em. 5 —
Deffauer Kredit-do. 4 12 etw-12½ b u G
Deffauer Landesbl. 4 15½ n 15 etw b u G
Dist. Comm. Anth. 4 77 b
Genfer Kred. Bt. A 4 21½ B
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 81 G
do. II. Em. 4 80 G
do. III. Em. 4 85 B
do. II. Em. 5 —
Aachen-Maastricht 4 —
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 102½ b
do. II. Em. 5 102 b u G
do. II. Em. 5 IV. 99½ B

Rheinische Pr. Obl. 4 74½ b
do. v. Staatgarant. 3½ 80½ B
do. Düsseldorf. Elberf. 4 84½ G
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 94½ G

Priority-Aktien.

Berl. Kassenverein 4 115 B
Berl. Handels-Ges. 4 76 etw b
Braunschw. Bt. A 4 62 G
Bremen do. 4 96½ etw b
Coburg, Kredit-do. 4 38 G
Danzig, Priv. Bt. 4 83 B
Darmstädter abgst. 4 66½ b u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A 4 92½ G
do. II. Em. 5 —
Deffauer Kredit-do. 4 12 etw-12½ b u G
Deffauer Landesbl. 4 15½ n 15 etw b u G
Dist. Comm. Anth. 4 77 b
Genfer Kred. Bt. A 4 21½ B
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 81 G
do. II. Em. 4 80 G
do. III. Em. 4 85 B
do. II. Em. 5 —
Aachen-Maastricht 4 —
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 102½ b
do. II. Em. 5 102 b u G
do. II. Em. 5 IV. 99½ B

Rheinische Pr. Obl. 4 74½ b
do. v. Staatgarant. 3½ 80½ B
do. Düsseldorf. Elberf. 4 84½ G
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 94½ G

Priority-Aktien.

Berl. Kassenverein 4 115 B
Berl. Handels-Ges. 4 76 etw b
Braunschw. Bt. A 4 62 G
Bremen do. 4 96½ etw b
Coburg, Kredit-do. 4 38 G
Danzig, Priv. Bt. 4 83 B
Darmstädter abgst. 4 66½ b u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A 4 92½ G
do. II. Em. 5 —
Deffauer Kredit-do. 4 12 etw-12½ b u G
Deffauer Landesbl. 4 15½ n 15 etw b u G
Dist. Comm. Anth. 4 77 b
Genfer Kred. Bt. A 4 21½ B
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 81 G
do. II. Em. 4 80 G
do. III. Em. 4 85 B
do. II. Em. 5 —
Aachen-Maastricht 4 —
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 102½ b
do. II. Em. 5 102 b u G
do. II. Em. 5 IV. 99½ B

Rheinische Pr. Obl. 4 74½ b
do. v. Staatgarant. 3½ 80½ B
do. Düsseldorf. Elberf. 4 84½ G
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 94½ G

Priority-Aktien.

Berl. Kassenverein 4 115 B
Berl. Handels-Ges. 4 76 etw b
Braunschw. Bt. A 4 62 G
Bremen do. 4 96½ etw b
Coburg, Kredit-do. 4 38 G
Danzig, Priv. Bt. 4 83 B
Darmstädter abgst. 4 66½ b u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A 4 92½ G
do. II. Em. 5 —
Deffauer Kredit-do. 4 12 etw-12½ b u G
Deffauer Landesbl. 4 15½ n 15 etw b u G
Dist. Comm. Anth. 4 77 b
Genfer Kred. Bt. A 4 21½ B
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 81 G
do. II. Em. 4 80 G
do. III. Em. 4 85 B
do. II. Em. 5 —
Aachen-Maastricht 4 —
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 102½ b
do. II. Em. 5 102 b u G
do. II. Em. 5 IV. 99½ B

Rheinische Pr. Obl. 4 74½ b
do. v. Staatgarant. 3½ 80½ B
do. Düsseldorf. Elberf. 4 84½ G
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 94½ G

Priority-Aktien.

Berl. Kassenverein 4 115 B
Berl. Handels-Ges. 4 76 etw b
Braunschw. Bt. A 4 62 G
Bremen do. 4 96½ etw b
Coburg, Kredit-do. 4 38 G
Danzig, Priv. Bt. 4 83 B
Darmstädter abgst. 4 66½ b u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A 4 92½ G
do. II. Em. 5 —
Deffauer Kredit-do. 4 12 etw-12½ b u G
Deffauer Landesbl. 4 15½ n 15 etw b u G
Dist. Comm. Anth. 4 77 b
Genfer Kred. Bt. A 4 21½ B
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 81 G
do. II. Em. 4 80 G
do. III. Em. 4 85 B
do. II. Em. 5 —
Aachen-Maastricht 4 —
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 102½ b
do. II. Em. 5 102 b u G
do. II. Em. 5 IV. 99½ B

Rheinische Pr. Obl. 4 74½ b
do. v. Staatgarant. 3½ 80½ B
do. Düsseldorf. Elberf. 4 84½ G
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 94½ G

Priority-Aktien.

Berl. Kassenverein 4 115 B
Berl. Handels-Ges. 4 76 etw b
Braunschw. Bt. A 4 62 G
Bremen do. 4 96½ etw b
Coburg, Kredit-do. 4 38 G
Danzig, Priv. Bt. 4 83 B
Darmstädter abgst. 4 66½ b u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A 4 92½ G
do. II. Em. 5 —
Deffauer Kredit-do. 4 12 etw-12½ b u G
Deffauer Landesbl. 4 15½ n 15 etw b u G
Dist. Comm. Anth. 4 77 b
Genfer Kred. Bt. A 4 21½ B
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 81 G
do. II. Em. 4 80 G
do. III. Em. 4 85 B
do. II. Em. 5 —
Aachen-Maastricht 4 —
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 102½ b
do. II. Em. 5 102 b u G
do. II. Em. 5 IV. 99½ B

Rheinische Pr. Obl. 4 74½ b
do. v. Staatgarant. 3½ 80½ B
do. Düsseldorf. Elberf. 4 84½ G
do. II. Em. 5 —
do. II. Em. 5 94½ G

Priority-Aktien.

Berl. Kassenverein 4 115 B
Berl. Handels-Ges. 4 76 etw b
Braunschw. Bt. A 4 62 G
Bremen do. 4 96½ etw b
Coburg, Kredit-do. 4 38 G
Danzig, Priv. Bt. 4 83 B
Darmstädter abgst. 4 66½ b u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Zettel-B. A 4 92½ G
do. II. Em. 5 —
Deffauer Kredit-do. 4 12 etw-12½ b u G
Deffauer Landesbl. 4 15½ n 15 etw b u G
Dist. Comm. Anth. 4 77 b
Genfer Kred. Bt. A 4 21½ B
Concordia 4 102½ B [Geo. Zin.]
Magdeb. Feuerverv. A 4 350 B

Prioritäts-Obligationen.